GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 8909. Postscheckkonto Berlin. Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 185 B | BERLIN • Dienstag, den 9. August 1932 | 1. JAHRGANG

Uniformierte Polizei mit Offizieren im Paradezug vor Nazi-Führer.

Die SA-Terrorwelle nicht abgeebbt.

Reichsbannerführer ermordet. / Unerhörte Polizei-„berichte".

Von nationalsozialistischer Seite erfährt die Telegraphen-Union folgendes:

„Am Freitag abend fand in den Viktoriasälen in der Wilhelmsaue ein Kameradschaftsabend für Führer der Untergruppe Berlin-West der SA statt mit etwa 300 Teilnehmern, darunter etwa 50 Polizeibeamten, Offizieren und Unterbeamten in Uniform. Oberführer Schmidt begrüßte die Versammlung. Alsdann ergriff Gruppenführer Graf Helldorf das Wort. Er schilderte kurz die politische Lage und hieß vor allem die Kameraden der Polizei herzlich willkommen. Der älteste Polizeioffizier [illegible] und dankte für die freundliche Einladung. Er freue sich besonders, diese Versammlung als erstes sichtbares Zeichen eines gemeinsamen Kampfes für ein nationales Deutschland anzusehen. Am Schluß der Versammlung fand ein Vorbeimarsch der versammelten Führer vor dem Grafen Helldorf statt, an dem auch die anwesenden uniformierten Polizeibeamten als geschlossene Formation teilnahmen. Der Abend wurde mit dem Deutschlandlied beendet.

*

Da die Telegraphen-Union zu der SA sicher ausgezeichnete Beziehungen hat, wird man dieser kein Unrecht tun, wenn man den Bericht über die SA-Versammlung für wahr hält. Angesichts der besonders unverschämten Haltung gerade des Teils der SA, der dem Grafen Helldorf untersteht, der bekanntlich der Führer jenes feigen Ueberfalls auf die Neujahr feiernden Juden auf dem Kurfürstendamm war, ist die Meldung, daß uniformierte Polizeibeamte an diesen Oberrandaleur vorbeimarschierten, der unter anderem auch den Sturm auf das „Vorwärts"-Gebäude dirigiert haben soll, besonders lehrreich.

Herr Bracht, der ja angeblich nur eingesetzt worden ist, weil die preußische Regierung von parteipolitischen Rücksichten nicht frei gewesen sein soll, wird hoffentlich nicht glauben, daß diese Betätigung uniformierter Polizeibeamter, die, statt für Ruhe und Ordnung zu sorgen, möglichst im Stechschritt an einem der obersten Radaubrüder vorbeitrotteln, mit den außerberuflichen Pflichten eines preußischen Ordnungsbeamten in Einklang zu bringen ist. Oder will uns etwa einer weismachen, daß diese Herren Polizeibeamten gegenüber ruhestörenden Nazis ebenso rücksichtslos auftreten werden wie gegenüber andern Leuten? Jedenfalls liefert auch diese Begebenheit einen interessanten Beitrag zu der Objektivität der Statistik, auf Grund derer Herr Bracht neulich ausgerechnet hat, daß die Kommunisten in Streitfällen öfter die Angreifer seien als die Nationalsozialisten. Sie liefert einen noch interessanteren Beitrag zu dem häufig wiedergekauten Thema, daß Severing und Braun in der preußischen Schutzpolizei einen Wall gegen die antirepublikanische Reaktion aufgerichtet hätten.

*

Die Freundschaft mancher Polizisten zu SA-Leuten scheint Herrn Dr. Bracht zu weit zu gehen: In einem langen Erlaß erinnert er die Beamten an die Pflicht, sich so zu benehmen, daß sie nicht in den Verdacht kommen, im Dienst parteipolitisch zu handeln.

Am Sonnabend abend ist der Reichsbannerführer in Lötzen (Ostpreußen) von SA erschossen worden. Die „Welt am Montag" berichtet:

„Kotzan war mit mehreren anderen Mitgliedern des Reichsbanners aus dem Büro des Landarbeiterverbandes gekommen. Die Gruppe hatte auf dem Wege zur Stadt Auseinandersetzungen mit mehreren SA-Leuten. Der Reichsbannermann Piontek eilte zum Verbandshaus zurück, um die Polizei zu benachrichtigen. Ihm wurde ein Schuß nachgesandt, der jedoch sein Ziel verfehlte. Unmittelbar danach fiel ein zweiter Schuß, der Kotzan traf. Kotzan war auf der Stelle tot."

Die polizeilichen Ermittlungen haben bereits ergeben, daß es darauf abgesehen war, Piontek, dem Funktionär des Landarbeiterverbandes für den Kreis Lötzen, einen Denkzettel zu verabreichen.

Auch in Schlesien sind die Attentate weitergegangen. So in der Nacht zum Sonntag eine Handgranate in das Schaufenster der Zentrumszeitung in Ratibor und in der Nacht zum Sonntag die Brandstiftung am Haus des Eisenbahners Holz in Alzenau (Bezirk Breslau). Dem Eisenbahner Holz, der zur Wahl die Fahne der Eisernen Front ausgehängt hatte, war von NS angekündigt worden, daß man ihn niederbrennen würde. Die Feuerwehr von Alzenau, in der viele Nazis sind, weigerte sich, zu löschen.

In Stolp in der Nacht zum Sonnabend Schüsse auf die Wohnungen des Reichsbannerführers Bonnke und des Kommunisten Meier.

Ueber den Bombenanschlag in der Langestraße in Braunschweig schreibt uns ein Genosse:

„Mitten in der Nacht wachte ich durch einen kräftigen Knall auf. Durch unser Haus zog blauer Qualm. Alle Fenster klirrten. Wir richteten uns im Bett auf und sahen uns wie gelähmt an. Anfangs dachten wir, daß der Blitz in unser Haus eingeschlagen habe. Wir liefen hinaus. Auf dem Flur lag das Fensterkreuz auf dem Fußboden, und überall traten wir auf Glassplitter. Wir liefen sofort in die Kammer, in der mein Großvater schläft und deren Fenster nach der Straße hinausgehen. Die Tür, die jeden Abend zugeschlossen wird, stand offen; die Krampe war herausgerissen. Mein Großvater lag wie besinnungslos im Bett. Auf dem Bett, ja sogar auf dem Gesicht, lagen die Glassplitter. Unter unseren Fenstern stieg aus der Gosse Qualm auf. Aus allen Häusern liefen die Leute herbei und fingen an zu reden und zu schimpfen. Plötzlich kam vom Schulmuseum her ein Motorradfahrer angefahren. Einige Männer hielten ihn sofort an, weil er ihnen verdächtig vorkam. Ich erkannte in dem Fahrer einen Mann wieder, der schon vier Wochen vorher durch die Langestraße gefahren war. Er trug damals

lange braune Stiefel, eine schwarze Uniform und das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion; einige mißtrauische Arbeiter stellten damals fest, daß es sich um einen Nazi handelte.

In diesem Augenblick traf das Ueberfallkommando der Polizei von Radeklint her ein. Die Sipos bahnten sich mit Säbeln und Pistolen in den Händen einen Weg durch die erregte Menge und führten den Nazi ab."

Dieser antifaschistisch verkleidete Nazi ist ein gewisser Hantel aus Rendsburg. Außer ihm sind zwei ebenfalls schwer bewaffnete NS unter dringendem Tatverdacht festgenommen worden, ebenfalls auswärtige SA-Leute. Alle drei hausten in der SA-Kaserne am Torwall. Diese Kaserne ist bisher nicht von der Polizei durchsucht worden; auch hat die Polizei einen Bericht über das Attentat noch nicht zusammengebracht.

In Königsberg hat der Ermittlungsrichter von den sieben NS, die unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Ueberfall auf den SP-Redakteur Wyrgatsch und auf den KP-Führer Schütz verhaftet wurden, sechs freigelassen, weil der Verdacht unbegründet erscheine.

Das Königsberger Polizeipräsidium hat am Sonnabend einen „in Stichworten zusammengefaßten Bericht über die letzten Tage" herausgegeben, in dem die Täterschaft der SA nochmals folgendermaßen festgestellt wird:

„Aufgeklärt: Drei Tankstellenfälle, fünf Brandfälle, 31 Täter geständig, die angeben, der SA, ein Teil von ihnen dem Sturm 12 der SA anzugehören, unter ihnen sechs in unterer Führerstellung."

Im übrigen ist der Bericht so aufgemacht, daß die Königsberger Vorgänge als eine durch kommunistischen Terror

(Fortsetzung der Terrormeldungen auf der 2. Seite.)

Die französische Reaktion und der 20. Juli in Deutschland

S. H. „Die Tatsachen sagen den Menschen offenbar nichts mehr." Mit diesem Satz beginnt der „Temps" einen Artikel vom 4. August, der die Ueberschrift „Resignation" trägt.

Die Ruhe, die das politische Frankreich nach der deutschen Reichstagswahl zeigte und in klugen und maßvollen Urteilen zum Ausdruck brachte (Vergl. auch den „Funken" vom 6. August), ist durch die nachfolgenden Terrorakte in Deutschland einer berechtigten und ernsten Besorgnis gewichen.

Diese Besorgnis geht dahin, daß Schleicher, bei dem nach Ansicht der Franzosen kraft seiner Gewalt über die Reichswehr die ausschlaggebende Macht liegt, nicht rechtzeitig gegenüber den Nationalsozialisten zugreift; daß aber damit die Reaktion in Deutschland ein Gesicht erhält, das auch für Frankreich weitaus bedrohlicher ist, als das reaktionäre Antlitz Herrn von Papens, in dessen Mienenspiel die Franzosen in Genf und Lausanne leicht zu lesen verstanden und dessen politischem Geschick sie infolgedessen auch gewachsen waren.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang das Wort „Resignation"? Bedeutet es etwa, daß Frankreich Deutschland seinen Gang gehen lassen muß, da eine Verständigung zwischen den beiden Völkern bei einer solchen Wendung der deutschen Politik noch aussichtslos erscheint? Keineswegs, ebenso wenig wie sich der Ausdruck auf das Verhalten Herrn von Schleichers bezieht, der bisher noch nicht durchgegriffen hat und damit den Anschein erwecken könnte, als nähme der Sturm der Nazi-Bewegung ihm das Steuer aus der Hand.

Der konservative „Temps", der zur Zeit zwar nicht das offizielle Regierungsblatt ist, aber in der französischen Politik doch eine ausschlaggebende Rolle spielt, setzt sich in seinem Artikel, der diesen melancholischen Titel trägt, plötzlich *mit der deutschen Sozialdemokratie* auseinander! Ihr wirft er Resignation vor; gegen sie richtet sich der Vorwurf, daß die Tatsachen ihre eindrucksvolle Sprache verloren zu haben scheinen. An welche Ereignisse denkt der „Temps"?

„Es ist eine Tatsache, daß in Deutschland ein Staatsstreich stattgefunden hat, daß die Verfassung von Weimar keine Rolle mehr spielt, daß die preußische Regierung verjagt worden ist, **und es ist eine Tatsache, daß die Sozialdemokratie sich nicht gerührt hat.** Man mag sagen, was man will, um diese Haltung zu erklären; man mag vernünftige Gründe oder Vorurteile dafür suchen und sie auch finden — man kommt nicht darum herum, daß die deutsche Sozialdemokratie, die sich als ohnmächtig erwiesen hat, den Krieg zu verhindern, sich heute als ohnmächtig erweist, die Diktatur abzuwenden. Sie häuft Niederlage auf Niederlage; sie resigniert; fast möchte man sagen, sie gefällt sich in dieser Rolle."

Der „Temps" erklärt dieses Verhalten der größten deutschen sozialistischen Partei damit, daß ihr der Liberalismus und die Demokratie im Grunde nicht unter die Haut gegangen seien. Anderenfalls würde sie unwillkürlich zu einer „reflexartigen Bewegung" ausgeholt haben gegenüber dem tötlichen Schlag, den die Demokratie, die in den dunklen Tagen von 1918 das Licht der Welt erblickt hat, nunmehr davongetragen hat.

So berechtigt es ist, für den Untergang der Demokratie die SPD verantwortlich zu machen, so erstaunlich bleibt es doch, daß sich der „Temps" mit seinen politischen Sorgen an diese Adresse wendet. Erwartet er etwa, daß die SPD sich auf Grund solcher Vorwürfe aufrafft? Bisher hatte sich gerade die rechtsstehende französische Presse über die künftige Politik dieser Partei keinen optimistischen Hoffnungen ergeben. Es war nach dem 31. Juli offen ausgesprochen worden, daß man mit einer Kapitulation der SPD rechne, und zwar derart, daß sie bei einer Allianz zwischen Hakenkreuz und Heiligem Kreuz eine wohlwollende Neutralität bewahren werde.

Es liegt in Wahrheit denn auch garnicht so, daß der „Temps" die Rettung Deutschlands heute plötzlich von einer sich ermannenden SPD erwartet. Darüber gibt der zweite Teil des Artikels unzweideutig Aufschluß. Die eigentlichen Motive, die den Verfasser zu der Auseinandersetzung mit der deutschen Linkspartei veranlassen, liegen tiefer und dienen einem umfassenderen Zweck. Die Kritik an der SPD ist für das fran-

zösische Rechtsblatt nur der Anlaß, *zu einer Kritik an den sozialdemokratischen Parteien überhaupt auszuholen.* Das zeigt klipp und klar der Satz, mit dem der Verfasser des Artikels seine ersten Ausführungen gegen die SPD abschließt: „ . . . Und also haben wir das Recht, festzustellen, — und wir stellen es fest —, daß die Sozialisten *aller* Länder einen Beweis von Takt liefern würden, wenn sie sich einer größeren Bescheidenheit befleißigen würden."

Die Sozialisten „aller Länder"! Welch günstige Gelegenheit, angesichts des Versagens der deutschen Sozialdemokraten, Herrn Herriot klarzumachen, wie windig es mit dem Republikanertum und dem demokratischen Eifer dieser sozialistischen Parteien überhaupt bestellt ist, von derem wahren Wesen Herriot sich nach der Meinung des „Temps" immer noch nicht genügend überzeugt hat. „Wir stellen fest, daß er (der internationale Marxismus) selbst in seinem *Ursprungsland* unfähig ist, irgend etwas zu verteidigen. . . . Selbst *in dem niedrigen Bereich der Verteidigung der Verfassung,* selbst bei der bescheidenen Aufgabe, wenigstens die bürgerlichen Freiheiten zu retten, gibt er Fersengeld."

Der Hieb, den hier ein Vertreter der Rechten gegen den Sozialismus führt, trifft Herriot just zur rechten Zeit. Er trifft ihn in demselben Augenblick, wo ein führender Radikalsozialist, also ein Vertreter von Herriots eigener Partei, den gleichen Angriff unternimmt, nur in sehr viel plumperer, aber dafür auch unmißverständlicherer Form. Die Kritik der Marseiller Zeitung, in der der radikalsozialistische Artikel erschienen ist, rechnet in Bausch und Bogen mit der gesamten Sozialdemokratie ab, die in *Deutschland* das Kabinett des Klerikalen Brüning unterstützt und „dem alten Haudegen" von Hindenburg zur erneuten Präsidentschaft verholfen habe; die in *Rußland* von der bolschewistischen Revolution hinweggefegt, in *Italien* von ihrem eigenen früheren Mitglied liquidiert worden sei, und die in *England* zu der Zeit, als sie im Amt war, zu einer noch nie dagewesenen Arbeitslosigkeit, zum Verderb der Finanzen und zum Verlust der Ausfuhr geführt habe. Mit welchem Recht, so fragt der Parteigenosse Herriots in seinem Artikel, erhebt die sozialdemokratische Partei in Frankreich Anspruch auf Beteiligung an der Regierung?

Diese Frage ist deutlich genug. Sie zeigt, daß Herriot nicht nur bei den Konservativen, sondern auch in seinem eigenen Lager Leute hat, die ihn nach rechts drängen und die das Zurückweichen der deutschen Sozialdemokraten dazu benutzen, Frankreich vor sozialistischen „Experimenten" zu warnen.

Diese Warnung kommt ausgerechnet in dem Augenblick, wo Herriot darangehen muß, das von ihm angekündigte Sparprogramm zu realisieren. Die Steuereinnahmen reichen nicht aus, die öffentliche Wirtschaft zu finanzieren. Die Sozialdemokraten rufen nach Abrüstung, nach weitgehendem Abbau der Heeresausgaben. Die gesamte Rechte ist dagegen. Die Radikalsozialisten, Herriot selber, haben noch keine entschiedene Stellung bezogen. Herriot ist zwar für Sicherheit, aber er hat auch seine Verbindung zu den Sozialisten bisher noch keineswegs gelöst. Wie wäre es, wenn man ihn jetzt von dieser Neigung endgültig befreien könnte, indem man ihm nachweist, daß das Unheil, das von Deutschland droht, durch Sozialdemokraten hätte verhütet werden können und daß gerade sie versagt haben?

Léon Blum, der Führer der französischen Sozialdemokraten, gerät durch diesen Trumpf, den seine Gegner ausspielen, in eine schwierige Lage. Die Finanzpolitik, mit deren Hilfe er die Steuerlast der arbeitenden Klasse herabmindern will und durch die er zugleich dem internationalen Frieden dient, wird ihm erschwert durch den Hinweis, daß es gerade seine Genossen von der II. Internationale sind, die eine Herabsetzung der Rüstungen in Frankreich zu einer Gefahr werden lassen. Hätten die deutschen Sozialdemokraten den Kampf gegen die Reaktion in ihrem Land entschlossener geführt, dann könnte jetzt Léon Blum mit Berufung hierauf die eigenen Forderungen mit besserer Aussicht auf Erfolg vertreten.

Ein lehrreiches Beispiel für die Aufgaben internationaler Arbeiterpolitik. Himmelweit sind die beiden sozialdemokratischen Parteien, die sogar in einer internationalen Organisation vereinigt sind, davon entfernt, sich dieser Aufgabe gewachsen zu zeigen. Die einzige Solidarität, die sie üben, läuft darauf hinaus, einander zu rechtfertigen. So schreibt jetzt auch Léon Blum wieder Artikel, in denen er die Politik der SPD nach der Theorie des kleineren Uebels verteidigt. Dies ist die Solidaritätsmethode, die Lenin als die Politik der „warmen Kumpanei" gegeißelt hat, die Politik, die alles versteht und alles verzeiht.

Sie hat es in diesem Falle mit sich gebracht, daß das Zurückweichen der SPD am 20. Juli nicht nur die Reaktion in Deutschland in verhängnisvollster Weise ermutigt hat, sondern daß ihr Verhalten auch der Reaktion in Frankreich in die Hände gearbeitet hat. Sie hat ihr eine Handhabe gegeben, die augenblicklichen, vernünftigen Maßnahmen der französischen Sozialisten zu sabotieren, und darüber hinaus dieses Vorgehen mit einem Generalangriff zu verbinden, der die jüngst erkämpften Teil-Wahlerfolge dieser Partei illusorisch zu machen droht.

Die SA-Terrorwelle nicht abgeebbt.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

ausgelöste Explosion der Erregung der SA erscheinen. Der Bericht beginnt z. B.:

„Am 30. Juli 19 Uhr Mitglieder der SA beim Zettelverteilen von Kommunisten überfallen. Der SA-Mann Reinke von Kommunisten erstochen. Täter ergriffen. Unmittelbar nach der Tat rief der Stabsführer an, seine Leute, die seit langem von Kommunisten terrorisiert würden und infolgedessen nicht nach Hause könnten, seien infolge des Mordes nicht mehr zu halten."

Der Bericht erwähnt nicht, daß am 29. Juli Frick in Königsberg unter brausendem Beifall in einer Versammlung erklärt hat: 10 000, besser 15 000 marxistische Burschen müßten vom Erdboden verschwinden; daß der Königsberger Gauleiter Koch am gleichen Tage den „marxistischen Burschen" gedroht hat, sie sollten sich nicht wundern, wenn sie eines Morgen als Leiche wiedergefunden würden. Der Bericht erklärt nicht die eigenartige Tatsache, daß noch keine Erstechung eines SA-Mannes bisher *gaumäßig organisierte* Terroraktionen der SA zur Folge gehabt hat; daß aber auf die Erstechung des Königsberger Zettelverteilers ausgerechnet in der Nacht nach der Wahl mit ihren für die NS enttäuschenden Ergebnis die Kette der Aktionen in Ostpreußen einsetzte, die dann weiterging in vielen anderen Provinzen. Wird die Polizei die Stirn haben, auch die Ermordung des Reichsbannerführers in Lötzen noch durch die Erregung über die Ermordung des Zettelverteilers durch Kommunisten zu erklären?

In der Nacht zum Montag wurde in Allenstein durch mehrere Handgranaten das Geschäft von Abraham demoliert. Abraham soll mit der KP sympathisieren. Die Festnahme einer Person, die der Tat dringend verdächtig ist, erfolgte noch in den Nachtstunden. Bei der Durchsuchung der Wohnung und der sonstigen Räume des Festgenommenen wurden folgende Waffen gefunden: Vier Infanteriegewehre Modell 98, ein Russengewehr mit Bajonett, eine Pistole 08, eine Dreyse-Pistole, ein Schlagring, 23 Gewehrpatronen und 23 Pistolenpatronen.

Im Kreise Nimptsch (Schlesien) wurden in der Nacht zum Montag mehrere Sprengstoffanschläge verübt: gegen das Haus des SP-Führers Kaufmann in Heidersdorf; gegen den Reichsbannerführer Obst in Kniegnitz und gegen den Lehrer Szyszka in Golschau.

Soeben, am Montag vormittag, wird vom Braunschweiger Polizeipräsidium ein Bericht über das Attentat in der Langestraße veröffentlicht: Darin heißt es über die Täter:

„Als der Tat verdächtig wurden etwa zehn Minuten später von Beamten der Schutzpolizei zwei Personen festgenommen, die von mehreren Personen vom Tatort hereilend beobachtet worden waren. Eine dritte Person, die gegen vier Uhr in der Langestraße als ebenfalls der Tat verdächtig festgenommen worden war, steht, wie sich durch die Ermittlungen ergeben hat, mit ihr nicht in Verbindung. Sie wurde aber wegen unbefugten Führens einer Schußwaffe dem Amtsgericht vorgeführt. Die beiden der Tat verdächtigen Personen haben zunächst die Täterschaft geleugnet. Durch eingehende Ermittlungen wurde jedoch soviel Beweismaterial herbeigeschafft, daß sie am Sonntag ein umfassendes Geständnis abgelegt haben.

Bei den Tätern handelt es sich um Mitglieder der NSDAP. Beide stammen von auswärts."

Weiter wird gesagt, der Haupttäter wolle zu der Tat „von niemandem angestiftet sein und außer seinem erst kurz vor der Tat unterrichteten Mittäter niemandem von seinem Vorhaben Mitteilung gemacht haben".

Die mindestens gaumäßige Organisierung der Terroraktionen wird durch die neuesten Nachrichten über die Nachforschungen in Schleswig-Holstein bestätigt. Bis zum Montag morgen wurden dort drei weitere Verhaftungen vorgenommen. **Insgesamt sind danach sieben Personen verhaftet,** sämtlich SS-Leute. An der Untersuchung arbeiten die politische Polizei Altona, die Staatsanwälte in Kiel und Altona und einige aus Berlin entsandte Sonderbeamte. Die Untersuchungen ziehen sich immer mehr nach Rendsburg, als der vermutlichen Zentrale für die Aktion in Schleswig-Holstein, zusammen.

Der Reichsregierung scheint vor den unverschämten Wünschen ihres illegitimen Koalitionsgenossen doch etwas bange geworden zu sein. Sie läßt zu der bereits von uns gemeldeten Besprechung des Reichsinnenministers mit den Ministerpräsidenten von Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin sowie dem braunschweigischen Innenminister mitteilen, es sei jetzt völlig geklärt, daß keinerlei Parteiformationen zu polizeilichen Funktionen zugelassen werden sollen.

Bracht und Herr von Gayl sind sich völlig einig, wie Dr. Bracht auf Grund einer anders lautenden Pressemeldung ausdrücklich erklärt.

Ein lächerlicher Nazi-Schwindel.

Angesichts der Ermittlungen selbst der von Herrn von Papen gereinigten Polizei, die unzweideutig auf die Schuld der Nationalsozialisten hinweisen und zum Teil auch zu Geständnissen der verhafteten Nazis geführt haben, trägt eine Veröffentlichung der nationalsozialistischen Parteikorrespondenz das Siegel des Schwindels an der Stirn, wonach die „Rot-Front-Zentralleitung" Geheimanweisungen an ihre Mitglieder herausgegeben haben soll, auf kommunistische und sozialdemokratische Führer und Gewerkschaftshäuser fingierte Attentate auszuüben, um damit die Nazis in den Verdacht zu bringen, solche Attentate auszuführen. Da inzwischen die wahren Täter zum Teil entlarvt sind, brauchen die Kommunisten das ihnen hier zugeschobene Geheimdokument nicht erst als Schwindel zu entlarven. Daß aber die nationalsozialistische Presse es noch heute abdruckt, beweist, aus was für Idioten ihre Leserschaft besteht.

Die Einzelheiten, die die angebliche Geheimanweisung enthalten soll, zeigen übrigens, wie die Naziführung solche verlogenen Aktionen organisieren würde. Der angebliche Bombenanschlag auf die Mitgliederversammlung der NSDAP. über den wir vor einigen Tagen berichteten, sah ganz danach aus, als wenn die Nazis ihn aus Reklamegründen selber inszeniert hätten . . .

Inzwischen wird prompt aus Waldenburg und anderen Orten gemeldet, daß Terrorakte harmloserer Art (Pflastersteinwürfe in Fensterscheiben z. B.) auf Gewerkschaftshäuser und SA-Häuser stattfinden. Der Berliner sagt bei solchen Gelegenheiten: Merkste wat?

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

49)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Es wird beschlossen, die Gefangenen des III. Geschwaders sofort zu entlassen. Der Gouverneur wünscht nur, daß die Entlassung ordnungsmäßig vor sich gehe, und zu diesem Zweck stellt er den Matrosen den beisitzenden Zivilisten, den Chef des Gerichtswesens der Station, Geheimrat Eichheim, zur Verfügung. Die übrigen Fragen werden bis zum Eintreffen der aus Berlin gemeldeten Parlamentarier vertagt.

Die Abordnung verläßt das Stationsgebäude wieder.

Artelt nimmt die Heizer des III. Geschwaders bis zu den Landungsbrücken mit. Dann fahren die drei Soldatenräte der Torpedodivision in Richtung Wik weiter. Vor dem Postgebäude in Wik begegnen sie einer marschierenden Kolonne Infanterie, die auch Maschinengewehre mit sich führt.

Das Automobil mit den Soldatenräten hält an.

Artelt steht auf und hält eine Ansprache:

„Kameraden, der Militarismus in Kiel ist gebrochen. Die Macht liegt in den Händen der Marinesoldaten! Kameraden, ihr seid hierhergeschickt, um Bruderblut zu vergießen! Zwanzigtausend bis an die Zähne bewaffnete Matrosen sind entschlossen, für die errungene Freiheit zu sterben. Kameraden, schießt nicht auf eure Brüder!"

„Hoch die Internationale!"

„Es lebe die Freiheit!"

„Nieder der Krieg!"

Das Automobil mit der wehenden roten Fahne fährt weiter. Die Infanteriekolonne bleibt zurück, ein plötzlich auseinander gesprengter, wild diskutierender Haufe.

„Der Admiral hat die Forderungen erfüllt!"

„Die Gefangenen werden freigelassen!"

„Die Flotte fährt nicht mehr aus!"

„Der Krieg ist zu Ende!"

„Frieden!"

„Frieden!"

„Wählt Soldatenräte!"

Das springt in die Kasernen, platzt in die Schiffe hinein. Und jetzt ist der Damm gebrochen, jetzt ist kein Halten mehr. Die Kasernen leeren sich. Und die Hafendampfer können nicht schnell genug zu den in der Bucht ankernden Schiffen kommen. Die Besatzungen machen die Boote klar. Die Heizer steigen aus den Kesselräumen, die Matrosen verlassen ihre Stationen. Wie sie stehen und gehen, steigen sie auf die Dampfer und Boote und fahren an Land.

Das Stadtbild verwandelt sich. Große Menschenmengen bewegen sich durch die Straßen — Matrosen, Werftarbeiter, Frauen. Straßenbahnen bleiben eingekeilt von der Menge auf den Schienen stehen. Die Fahrgäste steigen ab, die Fahrer und Schaffnerinnen verlassen ihre Posten und schließen sich den Zügen an. Ueber den Wilhelmsplatz, durch die Holstenstraße und Dammtorstraße marschieren die Kolonnen: Richtung Feldstraße! Richtung Arrestanstalt!

Der weite Häuserkomplex ist von untübersehbaren Mengen umlagert. Die Arrestwache, eine Kompanie des Seebataillons, steht noch unter Gewehr. Drin im Gebäude sind die Soldatenräte mit dem Geheimrat Eichheim und lassen von den Wärtern die Zellen öffnen.

Und dann kommen sie — der graue Zug der Gefangenen. Ein Trommelwirbel, Fanfarenstöße:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde!"

Die noch vor Stunden als kaisertreu angesprochene Kompanie steht Spalier und präsentiert das Gewehr. Und wieder setzen die Massen sich in Bewegung: Musikkapellen, das Seebataillon, die befreiten Gefangenen, Frauen, Heizer, Matrosen; immer mehr kommen dazu. Die Häuser leeren sich. Die beiden Tore des Gewerkschaftshauses schütten tausend oder zweitausend Arbeiter auf den vorbeikommenden Zug aus.

In den engen Straßen gibt es nur noch eine Richtung: gleich einem unwiderstehlichen Fluß strömen die Massen. Ueber den Köpfen schwimmen Fahnen. Ein an eine lange Stange genageltes rotes Bettuch sieht aus wie ein großer mächtiger Vogel.

Es ist dunkel geworden über Kiel.

Nur wenige Laternen brennen.

Die Züge ziehen von allen Seiten dem Bahnhof zu und stauen sich auf dem Vorplatz. Die hohe Halle mit der weitgespannten Kuppel scheint auf den Massen zu schwimmen.

Und wieder braust es durch die Luft:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde . . .
Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Erkämpft das Menschenrecht!"

Langsam fährt ein Zug in die Halle ein.

Dann an der anderen Seite des Bahnsteiges noch einer.

In dem ersten Zug sitzen Infanteristen, die Kiel zurückerobern sollen. Sie werden von den Kulis mit brausendem Hurra empfangen. Die Offiziere werden entwaffnet und abgeführt. Auch die Reisenden aus dem zweiten Zug gehen sofort in dem Getümmel unter. Ueberall Matrosen, Gewehre umgehängt, die Kolben nach oben. Der Abgeordnete Noske, der mit dem Zug angekommen ist, wird sofort umringt.

Sein Koffer wird ihm abgenommen. Ein Bahnbeamter redet auf ihn ein. Ein waffenloser Offizier versucht ihm etwas zu erklären:

„Es ist ja nicht so schlimm!"

„Es wird schon wieder werden!"

„Bis jetzt ist alles ruhig abgegangen!"

„Komm, Genosse Noske, wir warten schon!"

Die Matrosen drängen den Abgeordneten sanft nach vorn. Der Staatssekretär Haußmann und ein Kieler Gewerkschaftssekretär, die mit Noske zusammen ankamen, werden von ihm abgedrängt.

Noske passiert die Sperre und ist an den Treppen angelangt, die zur Vorhalle hinunter führen.

„Hier ist er — Noske!"

„Genosse Noske aus Berlin!"

„Noske!" ruft einer der Menge unten zu.

Der Ruf wird aufgenommen. Die ganze Vorhalle erdröhnt; von den hohen Wänden und von oben aus der Kuppel hallt es zurück:

„Noske!"

„Hoch!"

„Hoch!"

Noske sieht die Menge unter sich, ausgestreckte Hände, Gesichter, Gewehrkolben. So hatte er sich den Empfang nicht vorgestellt. Aber er hat keine Zeit zum Ueberlegen. Seine Begleiter drängen ihn vorwärts. Schritt für Schritt schieben sie ihn durch die Menge. Er weiß gar nicht, wie er aus der Halle herausgekommen ist.

Auf der Straße stehen untübersehbare Massen.

Noske wird in ein Auto gehoben, einige Matrosen steigen mit auf. Hinten hockt einer und schwenkt eine rote Fahne. Er ist schon heiser vom Schreien, ruft aber immer wieder:

„Es lebe die Freiheit! Es lebe die Freiheit!"

(Fortsetzung folgt.)

Evangelische Siedlerschulung.

Im Hinblick auf den in immer bedrohlichere Nähe rückenden zwangsmäßigen Arbeitsdienst erscheint es zweckmäßig, sich mit den bisherigen Versuchen der Siedler-Umschulung von privater Seite zu befassen.

In Schriften und Artikeln über Siedlung und „Arbeitsdienst" wird man wiederholt auf die Erfolge der „Sigmarshofer" hingewiesen. Hierüber liegt seit einiger Zeit auch ein gedruckter Bericht vor: *„Die Sigmarshofer.* Umschulung jugendlicher Erwerbsloser von der Industrie zur Landwirtschaft." Verfasser ist Gerhard Stratenwerth, *Pastor* in Bethel bei Bielefeld (in den bekannten Anstalten des Pastors von Bodelschwingh). (Verlagsanstalt der Anstalt Bethel. 1931. 60. Seiten, mit mehreren Abbildungen. 80 Pfennig.)

Bei der Beurteilung dieser Schrift wird man zweierlei streng auseinanderhalten müssen: *erstens* das *Ziel*, das die evangelische Kirche sich mit dieser Siedlungsarbeit gesetzt hat, und *zweitens* die *Mittel*, die im Dienste dieses Zieles Verwendung finden.

Das Ziel christlicher Wohltätigkeit.

Das *Ziel* der evangelischen Siedlerschulung ist einfach zu umschreiben. Es ist die Festigung des Ansehens und der Macht der Kirche, im vorliegenden Falle der evangelischen Kirche; es ist dasselbe Ziel, dem *alle* kirchliche „Wohltätigkeitsarbeit" dient. Die *Wege* zu diesem Ziele mögen dabei verschieden sein; aber ihnen liegt ein gemeinsamer Gedanke zu Grunde: Menschen unter Ausnutzung einer Notlage durch „milde Gaben" an sich zu fesseln, ihr Vertrauen zu erschleichen und sie unter Berufung auf ihre „Dankespflicht" im Sinne der kirchlichen Interessen zu bevormunden und zu beeinflussen.

Zur Zeit ist die *Arbeitslosigkeit* ein derartiger Notstand, den sich die verschiedenen Kirchen geschickt zu Nutze machen. Wie von gewissen kirchlichen Kreisen richtig erkannt wurde, ist die *Siedlung* einer der (zunächst mehr individuellen) Auswege aus den schlimmsten Nöten der Arbeitslosigkeit. Daher wird die Umschulungsarbeit für spätere Siedlung ganz bewußt in den Dienst der kirchlichen Machtpolitik gestellt. Insofern ist vom Standpunkt des Rechts auf Selbstbestimmung und vernünftige Freiheit diese Arbeit unbedingt *abzulehnen.*

Da selten die Ziele christlicher Wohltätigkeit so offen und deutlich ausgesprochen werden, seien zum Beweis unserer Behauptungen einige Zitate aus der genannten Schrift angeführt:

„Evangelische Siedlung ist als Arbeit der Kirche ein Teil ihrer Aufgabe. Sie ist darum nicht in erster Linie soziale Arbeit . . . ." (Seite 3.)

„Wenn die Kirche siedelt, so tut sie es nicht, um zu siedeln, sondern sie benutzt die Siedlung zur Erfüllung ihrer Aufgabe, Raum zu schaffen für das Evangelium" (Seite 3.).

„Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Erziehung zur Kirche." (Seite 29.)

„Besonders schwierig ist in diesem Gebiete (in Mecklenburg, wo die jungen Siedler später zeitweise in Kolonnen arbeiten) die weitere Erziehung zur Kirche. Es ist nicht nur einmal vorgekommen, daß in einer Gemeinde zum Gottesdienst die 6 bis 8 Leute, die in der Kirche saßen, nur aus unseren westfälischen Jungen bestanden." (!) (Seite 36.)

Man rechnet auf das neu erwachte Vertrauen zur Kirche, das aus der Erkenntnis wuchs,

daß die Kirche es war, die sie aus der Not der Arbeitslosigkeit holte."

(Seite 36.)

„Ich glaube, darin liegt der Sinn der kirchlich-sozialen Arbeit, daß durch sie ein Vorwand gegen das Evangelium beseitigt wird." (Seite 49.)

Vom Siedlerlehrling zum Vollbauern.

Wenn wir die Ziele, die mit dieser evangelischen Siedlungsarbeit angestrebt werden, auch scharf verurteilen, so können wir doch aus der *praktischen* Umschulungsarbeit manches lernen, das auch für die Siedlerschulung im *sozialistischen* Sinne wertvoll ist. Diese Jesuiten des Protestantismus machen nämlich ganze Arbeit, wenn sie etwas unternehmen; sie haben den Ehrgeiz, nur Qualitätsarbeit zu leisten. Nur so können sie nämlich die Konkurrenz bestehen und als *Vorbild* hervorragen. Die sachliche Seite ihrer Arbeit nötigt auch dem Gegner Hochachtung ab.

Der Gang der Umschulung ist folgender: Als Siedlungsanwärter kommen in Frage junge Männer von 17 bis höchstens 22 Jahren. Zunächst bleiben sie grundsätzlich 6 Monate auf dem Sigmarshof (in der Heide, nicht weit von Bethel). Dort erlernen die Anwärter durch praktische Arbeit die Grundkenntnisse und -fertigkeiten für ihren Siedlerberuf. Danach werden sie zur weiteren Ausbildung 1 bis 2 Jahre zu einem Siedler oder Bauern geschickt, oder sie arbeiten auf Gütern in Kolonnen, die nur aus Sigmarshöfern bestehen, und die einem von der Leitung des Sigmarshofes eingesetzten Führer unterstellt sind. Die jungen Menschen, die auf eine Bauernstelle geschickt werden, betreut der Christliche Landarbeiterbund, mit dem die Leitung des Sigmarshofes zusammenarbeitet. Die Kolonnen wurden bisher in Mecklenburg, Brandenburg und Schlesien eingesetzt. Auch für diese Zwecke verfügt der Sigmarshof naturgemäß über gute Verbindungen zu Gutsbesitzern. Innerhalb von sechs Jahren soll jeder der Siedlungsanwärter diese drei Arbeitsgebiete beim Bauern, beim Siedler und in der Kolonne kennenlernen.

Während dieser Zeit erhalten die jungen Landarbeiter regelrechten Lohn, von dem sie 600 bis 900 Mark ersparen sollen, um so die erforderliche Summe für die Ansetzung auf einer *Landarbeiterheimstätte* aufzubringen, wie sie auf Grund der Erlasse des Preußischen Wohlfahrtsministers errichtet werden. Die Landarbeiterheimstätte ist ausgestattet mit 1 bis 8 Morgen Land. Die Landzuteilung ist zum Teil abhängig von der Art der Bewirtschaftung, ob diese mehr gärtnerisch (intensiv) oder mehr bäuerlich (extensiv) erfolgt. Die Landarbeiterheimstätte kostet 8 bis 10 000 Mark. Bei der vorhin genannten Anzahlung von 600 bis 900 Mark als Kaufpreis für den Boden gibt die zuständige Siedlungsgesellschaft die noch notwendigen Kredite für Bauten u. s. w. In 30 Jahren muß die Summe getilgt werden, was durch jährliche Zahlungen von 300 bis 350 Mark geschieht. Das Bargeld, daß der Siedler außerdem noch für seinen Bedarf, den er nicht selber erzeugt, benötigt, muß aus der Landarbeit auf Gütern gewonnen werden. Der Siedler der Landarbeiterheimstätte übernimmt die *Verpflichtung*, im Jahre mindestens 10 Wochen in einer fremden Landwirtschaft zu arbeiten. (Derartige Landarbeiterheimstätten wurden 1921—1928 etwa 14 000 gegründet).

Fachlich besonders Tüchtigen steht dann noch der Weg zur *Vollbauernstelle* offen. Doch ist das ein Ziel, das unter den heutigen Verhältnissen nur Einzelne oder erst die Nachkommen von Siedlern in Landarbeiterheimstätten erreichen können. Für diese Vollbauernsiedlung kommt in erster Linie die sogenannte *Primitiv- oder Ursiedlung* in Frage. Versuche in dieser Richtung wurden von der Inneren Mission in Suckwitz in Mecklenburg mit einem Teil der aus Rußland geflüchteten deutschsprechenden Bauern gemacht. Es handelt sich dabei um „wachsende Siedlungen", die nach Maßgabe des Ertrages ausgebaut werden. Auf diese Weise läßt sich das nötige Anfangskapital wesentlich herabdrücken und beträgt **nur 2500 bis 4000 Mark.**

Auslese und Ausbildung auf dem Sigmarshof.

Für die Aufnahme auf den Sigmarshof ist eine besondere „Technik der Auslese" entwickelt worden. Von den Interessenten müssen besondere Fragebogen ausgefüllt werden, nachdem ihnen durch Flugblätter die Anforderungen und Möglichkeiten des neuen Berufes geschildert worden sind, wobei aller rosigmachende Optimismus oder gar Utopismus peinlich vermieden wird. Außerdem ist ein ärztliches Zeugnis über die Eignung zur landwirtschaftlichen Arbeit und ein Führungszeugnis beizubringen (möglichst vom Gemeindepfarrer ausgestellt, denn selbstverständlich ist die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche erste Voraussetzung der Aufnahme.)

Die Neulinge müssen auf dem Sigmarshof vor allem das *Rigolen* erlernen, die Grundlage jeder Siedlungsarbeit. Ein Teil hilft bei Ausschachtungs- und anderen Grabarbeiten auf der benachbarten Arbeiterkolonie „Heimathof". Die dritten arbeiten im Garten. Wieder andere werden mit der Tierpflege betraut (Kühe, Zugtiere, Schweine und vor allem auch Hühner), um so den Umgang mit Tieren zu erlernen, der dem städtischen Arbeiter nicht immer leicht fällt. Ebenso müssen sich die Neulinge erst an den Rhythmus der Landarbeit gewöhnen, die keine festen Arbeitszeiten kennt wie etwa die Industriearbeit. Auch die Gewöhnung an die Ernährungsweise der Landarbeiter wird nicht vergessen. Im Sommer müssen alle bei der Ernte helfen.

Die *geistige Ausbildung* umfaßt Schreibübungen und Rechenübungen an Aufgaben aus der Landwirtschaft, Diktat und Stilübungen, auch landwirtschaftliche Vorträge werden gehalten und die Grundzüge der Krankenpflege gelehrt.

Diese geistige Arbeit grenzt schon an Beeinflussung der Gesinnung und die „charakterliche" Erziehung, die ganz unter dem Gesichtspunkt des kirchlichen Zieles steht. Die „Erziehung zur Zielstrebigkeit und zum planmäßigen Sparen" können wir noch anerkennen, schlimm machen sich aber Sätze aus dem Munde von Erziehern wie diese: „Ist der Fürsorgeerziehung (!) das stärkste Disziplinarmittel der Zwang zu bleiben bzw. die Verlängerung des Aufenthaltes in der Anstalt, so besteht umgekehrt bei uns der stärkste Druck, den man auf einen Jungen ausüben kann, in der Verwarnung, daß bei nochmaligem Versagen die Entlassung vom Sigmarshof erfolgt. Daraus ergeben sich

wundervolle Möglichkeiten der Beeinflussung" (!)

(Seite 31.) „Der Pfarrhof ist der Mittelpunkt für das geistige Leben der auf den Gütern verstreuten Jungen." (Seite 36.)

•

Von Interesse sind noch die Kosten pro Siedlungsanwärter. Nach den Kostenanschlägen des Sigmarshofes betragen sie täglich etwa 2 Mark, wovon zur Zeit der Niederschrift des Berichtes (1931) aus öffentlichen Mitteln (Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Landesarbeitsamt, Reichsarbeitsministerium, Kommunen u. s. w.) 20 Pfennnige beigesteuert wurden. Die übrigen Mittel brachte die Anstalt Bethel auf. Zu bedenken ist dabei noch, daß die Kosten des Grund und Bodens und der Baulichkeiten dabei außer Acht gelassen sind.

Wenn man die Arbeit der Sigmarshofer betrachtet, so wird man finden, daß von *Arbeiterseite* (etwa von den Gewerkschaften!) etwas Aehnliches geleistet werden müßte, allerdings mit ganz anderem, ja entgegengesetztem Ziele: die Menschen *frei* von aller Ausbeutung (auch der geistigen) zu machen. So könnte man allen Dunkelmännern den Wind aus den Segeln nehmen und gleichzeitig eine gewiß nicht gering zu wertende *sozialistische* Pionierarbeit leisten.

R. Höll.

Wer will Berliner Stadtrandsiedler werden?

Der Berliner Magistrat hat der Fortführung der Stadtrandsiedlungsaktion zugestimmt. Von den 25 Millionen Mark, die das Reich für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat, entfallen 2 Millionen auf Berlin zur Errichtung von weiteren 800 Kleinsiedlerstellen. Das *Höchstdarlehen* für jede einzelne Siedlerstelle beträgt wieder 2500 Mark, *einschließlich* lebenden und toten Inventars. *Dazu* können neuerdings Familien mit 4 und mehr Kindern einen Baukostenzuschuß von 120 Mark und Familien mit 5 und mehr Kindern ein erhöhtes Reichsdarlehen von 500 Mark erhalten. Bedingung ist im ersten Falle der sofortige Ausbau einer, im zweiten Falle von zwei Dachkammern.

Fragebogen anfordern!

Die unverbindliche Ausgabe von Fragebogen erfolgt vom 8. bis zum 20. August durch sämtliche Zahlstellen der Wohlfahrtsämter und der Arbeitsämter. Außerdem werden die Fragebogen noch von den Pförtnern des Berliner Stadthauses ausgegeben.

In Frage kommen für die Siedlung Erwerbslose, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte u. s. w.

Auch wer bei der ersten Stadtrandsiedlungsaktion schon einen Fragebogen ausgefüllt hat, muß den neuen Fragebogen ausfüllen, wenn er berücksichtigt werden will.

Kapitalistische Steuermoral.

H. Lm. In einer Steuer-Zeitschrift wird jetzt die zahlenmäßige Wirkung der Steuer-Amnestie bekannt gegeben. Danach sind Vermögenswerte im Gesamtbetrage von über zwei Milliarden Mark, die ursprünglich der Besteuerung entzogen werden sollten, auf Grund der Amnestie nachträglich angemeldet worden. Zu diesem Betrag gehören 48 Millionen Mark Vermögen von 170 Familien-Stiftungen. Es dürfte bekannt sein, daß solche Stiftungen vorzugsweise von adeligen Kreisen gegründet werden. Welche nationalen Gründe mögen diese Kreise, die die nationale Gesinnung bekanntlich in Erbpacht genommen haben, wohl zu ihren ursprünglich geplanten Steuerhinterziehungen veranlaßt haben?

Außer den erwähnten Vermögenswerten wurden allein für das Jahr 1930 rund 132 Millionen Mark Einkommen nachträglich angemeldet. Da es aber neben der offiziellen Anmeldung noch eine andere Methode gab, um wieder „steuerehrlich" zu werden, nämlich die Zeichnung von Reichsbahn-Anleihe, und diese insgesamt die Höhe von 250 Millionen Mark erreichte, so wird man auch diesen Betrag größtenteils noch zu den hinterzogenen Beträgen zählen müssen

Sollten hier wohl die Quellen für die Finanzierung von Hitlers braunen Bataillonen zu suchen sein?

Illegale Räuber.

Stettin, 4. August.

Ein Polizeibeamter nahm einen Mann fest, der mehrere Kassenboten Stettiner Firmen, die bei der Stettiner Reichsbank Geld abgehoben hatten, verfolgte. Der Verhaftete riß sich los, schoß auf den Beamten, floh durch das Gebäude der Ortskrankenkasse über den Hof in eine andere Straße, von da weiter mit einer Kraftdroschke, deren Schofför er mit dem Revolver bedrohte und dadurch zum Fahren nötigte. Das Ueberfallkommando mit einem Auto hinterher. Feuergefecht zwischen dem Räuber und dem Ueberfallkommando in den Autos. Als der Räuber mehrfach getroffen war, hielt sein Schofför an und lief fort. Die Polizei fand in der Droschke eine Dame, die auf der Fahrt zwar nicht verletzt, aber um 200 Mark beraubt worden war. Ehe der Räuber verhaftet werden konnte, kam es nochmal zu einer Flucht über einen Hof und auf eine Mauer und zu einem Feuergefecht. Der Räuber starb nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Außer ihm wurde ein Polizeibeamter und mehrere Straßenpassanten verletzt.

Neustrelitz, 5. August. Nächtlicher Einbruch in Finanzamt und Landratsamt Neustrelitz. Beute unbedeutend.

Berlin, 5. August. Ein Kaufmann erstattete gegen einen Taxifahrer Anzeige wegen Raubes. Angeblich soll der Fahrer dem Kaufmann, mit dem er vor der Fahrt gezecht hatte, unterwegs seine Brieftasche abgenommen haben.

Berlin, 6. August. In der Storkower Straße wurde ein Metallarbeiter von zwei unbekannten Radfahrern in die Mitte genommen und mit Pistolen zur Herausgabe seiner Brieftasche mit 25 Mark genötigt. Die Räuber entkamen.

Soldin, 7. August. Der Milchkutscher eines Gutes, der im Kasten seines Wagens etwa 1000 Mark Lohngeld bei sich führte, wurde auf der Chaussee von einem mit Dolch und Knüppel bewaffneten Räuber angehalten und des Geldes beraubt. Der Räuber entkam, während der Kutscher sich in Sicherheit gebracht hatte.

Berlin, 7. August. Am Sonnabend wurde ein mehrmals wegen Diebstahls vorbestrafter Arbeitsloser festgenommen, der in der Nähe des Bahnhofs Rahnsdorf mehrere Ueberfälle auf allein spazieren gehende Frauen ausgeführt hatte. Er führte die Ueberfälle so aus, daß er mit einem Rade an Frauen heranfuhr, absprang, sie mit einer Pistole bedrohte und mit der Handtasche flüchtete.

Der Rücktritt des schwedischen Ministerpräsidenten.

Der schwedische Ministerpräsident Ekman ist am Sonnabend zurückgetreten. Den Anlaß dazu haben die Geldzuwendungen geboten, die Ivar Kreuger dem Ministerpräsidenten gemacht hat, der zugleich Vorsitzender der Freisinnigen Partei ist. In der amtlichen Erklärung zu Ekmans Rücktritt heißt es:

„Der Grund zu dem Rücktritt des bisherigen Ministerpräsidenten Ekman ist, daß er außer der Summe von 50 000 Kronen, die er im September 1931 von Kreuger entgegennahm, Anfang Februar d. J. noch ein zweites Mal 50 000 Kronen für die freisinnige politische Organisation von Ivar Kreuger erhielt. Dieser Betrag ist jetzt an die Konkursverwaltung zurückgezahlt."

Ekman hatte bis vor kurzem den Empfang des Geldes abgestritten. Da die Partei das Geld inzwischen verbraucht hat, hat Ekman die Summe jetzt aus seiner eigenen Tasche zurückgezahlt.

Eine ausgezeichnete Leistung.

Auf dem Zentralflughafen Tempelhof landete ein Flugzeug, das kurz nach dem Start in Leipzig das rechte Rad verloren hatte. Durch Funkspruch wurde dem Flugzeugführer, dem schweizerischen Flugkapitän Ackermann, Mitteilung von dem Verlust des Rades gemacht. Mit Besorgnis beobachtete man in Tempelhof das Landungsmanöver. Der Pilot setzte die Maschine, leicht nach links geneigt, so glücklich auf, daß sie völlig unversehrt blieb. An Bord befanden sich insgesamt neun Personen.

Sich selbst politisch gerichtet!

Wir lesen in der „SAZ", der Zeitung der SAP:

„Aus Zwickau wird uns geschrieben:

Als die SAP gegründet wurde, gab es einige, die mit bewundernswerter Begeisterung sich für die gerechte Sache unserer Partei einsetzten. Zu ihnen gehörte auch Alfred Käseberg. Kein Wort der deutschen Sprache war ihm scharf genug, die falsche Politik der SPD zu verurteilen und zu brandmarken. Keiner konnte sich mehr ereifern über die Proleten, die noch nicht den Weg zu uns gefunden haben. Wie oft mußten wir „bremsen", damit A. K. vor lauter Radikalismus nicht eine Kapriole nach der anderen schlug. Doch der Umschwung kam bald. Die Hoffnung Käsebergs, eine feste Pfründe zu finden, hatte wenig Aussicht auf Erfolg. Unsere junge Partei, erst im Aufbau begriffen und ohne großkapitalistische Geldgeber, wie sie die Nazis und die SPD haben, kann sich den Luxus bezahlter Funktionäre nicht leisten. Schon oft klagte A. K. in den letzten Monaten darüber, daß er seine Artikel nicht mehr los werde — von der ihm gezahlten Wohlfahrtsunterstützung aber könne er nicht leben. Zwei Tage vor der Reichstagswahl erklärte er seinen Austritt aus der SAP. In Fettdruck wurde sein Wiedereintritt in die SPD vom „SV" jubelnd begrüßt. In seinem Brief an die SAP heißt es in bezug auf seinen Austritt lediglich wie folgt: „ . . . und bitte, meine Frau und mich zu streichen. Ich vermag nicht mehr mitzutun." Wir sind die letzten, die den Stab brechen über die, die da müde und kampfuntüchtig werden — selten aber ist so unverhüllt der erwartete, aber nicht eingetroffene finanzielle Erfolg Anlaß zur Desertation gewesen. So hat sich Alfred Käseberg in den Augen aller anständigen Menschen selbst gerichtet. Politisch müßte A. K. jetzt tot sein — er wird aber quicklebendig sein in der Partei, die solche Elemente, ach wie bescheiden ist diese Partei doch geworden, jubelnd begrüßt."

Die „SAZ" hat diesen Bericht überschrieben: „Sich selbst politisch gerichtet." Mit der ausscheidende Genossen nachträglich herunterreißenden Art ihrer Darstellung beweist sie, daß die Ueberschrift auch für sie selber gilt. — Wer sind übrigens die „großkapitalistischen Geldgeber der SPD"? Und hat der Mann aus Zwickau davon erst jetzt erfahren?

Schwere Unwetterkatastrophen

Ueber dem Gebiet der Mittelmosel ging ein schweres Unwetter nieder, wodurch in kurzer Zeit die Weinernte bis zur Hälfte vernichtet worden ist.

Auch in der Provinz Posen richtete ein Unwetter schweren Schaden an durch Verhagelung eines großen Teils der Hafer-, Gersten- und Weizenbestände. — Durch Blitzschlag wurden eine Arbeiterin und ein Bauer getötet und eine andere Arbeiterin und ein Kind erheblich verletzt.

Die Tabakernte in der Umgebung von Schwedt (Oder) ist als total vernichtet anzusehen, wie eine Besichtigung durch Sachverständige ergeben hat. Die Pflanzer haben die Reichsregierung um Hilfe gebeten.

Im Kampf gegen den Reformismus.

Wieder allgemeiner Kohlenstreik in Belgien.

Die revolutionären belgischen Kohlenarbeiter haben am Sonntag einen neuen Sieg über den Reformismus davongetragen. Auf der außerordentlichen Vertreterversammlung der belgischen freien Bergarbeitergewerkschaft, die sich in Brüssel mit den Vermittlungsvorschlägen der Unternehmer und der Regierung befaßte, sind nach langer und erregter Diskussion alle diese faulen Kompromisse zurückgewiesen worden, die von der Arbeiterschaft die Wiederaufnahme der Arbeit vor einer Einigung in den Lohnfragen verlangten. Die Versammlung beschloß, den Kampf fortzusetzen durch einen Generalstreik im Bergbau und in den verwandten Betrieben. Es ist damit zu rechnen, daß dieser Streik am Montag schon im ganzen belgischen Kohlenrevier durchgeführt ist und daß sich 170 000 Arbeiter an ihm beteiligen.

Der Versuch reformistischer Gewerkschaftsführer, die die Verhandlungen mit den Unternehmern geführt hatten, das scheinbare Entgegenkommen der Arbeitgeber zu benutzen, um den ihren Händen entglittenen Arbeitskampf abzudrosseln, ist damit zurückgeschlagen worden. Der Kampf geht weiter. Wir beglückwünschen die belgischen Genossen zu diesem Erfolg.

Der Streik in Burnley wird isoliert.

Der gleiche Gegensatz zwischen reformistischer Verhandlungspolitik und revolutionärem Kampfeswillen spielt sich zur Zeit in England ab, nur daß hier die Reformisten im Großen und Ganzen das Heft noch in der Hand haben. Der Weberstreik in Burnley ist der Versuch einiger entschlossener Arbeitergruppen, endlich Halt zu machen in dem ständigen Zurückweichen der Gewerkschaften vor den Unternehmerforderungen. Seit die Gewerkschaften vor etwa sechs Wochen den Unternehmerbeschluß, der eine gemeinsame Lohnregelung für das ganze Land ablehnte, hinnahmen, ohne den Streik auszurufen, haben die Unternehmer in einem Betrieb nach dem anderen die Löhne herabgesetzt und zudem die weiteren Lohnverhandlungen hinausgezögert. In die Bemühungen der Gewerkschaftsführung hinein, erneut Verhandlungen über eine Lohnregelung für das ganze Land in Gang zu bringen, platzte vor 14 Tagen unerwartet, und gerade in dem Zeitpunkt, als die Unternehmer sich herbeiließen, an den Verhandlungstisch heranzukommen, die Streikerklärung im Distrikt Burnley. Die Arbeiter dort wollten sich die ständigen Lohnkürzungen nicht mehr bieten lassen.

In der vorigen Woche fand in Manchester eine Sonderversammlung der englischen Weber-Gewerkschaft statt. Die streikenden Arbeiter von Burnley hatten Bericht über ihre Lage erstattet und den Antrag gestellt, das Zentral-Komitee möge die Mitglieder im ganzen Land zum Streik aufrufen gegen die Aufhebung der Abkommen und die Herabsetzung der Löhne. Das Zentral-Komitee hatte der Versammlung empfohlen, dem Antrag der Streikenden nicht nachzugeben, um damit nicht die gerade begonnenen Verhandlungen zu gefährden, sondern dem Zentral-Komitee Vollmacht zu geben, über die Durchführung des Arbeitskampfes zu entscheiden.

Nach mehr als dreistündiger Beratung vertagte sich die Versammlung mit dem Beschluß, die ganze Frage den Händen des Zentral-Komitees zu überlassen. Die kämpfenden Arbeiter von Burnley sind also isoliert worden.

Schwerer Grubenunfall.

Ein Toter zwei Schwerverletzte.

In Ruda bei Kattowitz ereignete sich auf der Wolfganggrube ein schwerer Unfall:

In einem Stollengang der 380-Meter-Sohle stürzte plötzlich eine Kohlendecke ein und begrub drei Arbeiter unter sich. Einer konnte nur noch als Leiche geborgen werden, während die beiden anderen Bergleute in schwerverletztem Zustande dem Knappschaftslazarett zugeführt wurden.

Eine deutsche Schuhfabrik.

H. L. Unter dieser Ueberschrift macht der „Völkische Beobachter" in seinem Wirtschaftsteil Reklame für die Schuhfabrik Lingel in Erfurt.

An und für sich ist dagegen nichts zu sagen, wenn im Wirtschaftsteil einer Zeitung einmal über eine einzelne Firma berichtet wird. Wenn aber der „Völkische Beobachter", der doch das Zentralorgan einer *Arbeiter*-Partei sein will, lediglich einen lobenden Bericht über Lingel bringt und dieser Firma noch dazu einen ausgezeichneten Ruf bescheinigt, ohne daß der Bericht in diesem Zusammenhang auf irgendwelche wirtschaftlichen Tatsachen von Interesse hinweist, so müssen hierfür schon besondere Gründe maßgebend sein. Sollten diese vielleicht darin zu suchen sein, daß die Firma Lingel auch zu den Finanzquellen der Nazis zu rechnen wäre? Die raffinierten Lohndrückermethoden dieser Firma, über die wir vor einiger Zeit berichteten, und die der Schuhfabrik Lingel alles andere als einen ausgezeichneten Ruf bei wirklichen Arbeitern verschafft hat, lassen es jedenfalls denkbar erscheinen, daß mancher abgezwackte Lohngroschen, in der Hoffnung, daß er gute Zinsen tragen wird, zur Finanzierung der nationalsozialistischen Söldlinge verwandt wurde.

Die Nazis offen als Unternehmerknechte.

Streikbrecher auf Bestellung.

Aus Altona erfahren wir: Im Altonaer Fischereihafen kam es vor kurzem zu einem Zwischenfall dadurch, daß die Fischauktionsfirma Köser bei der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation 70 Mann angefordert hatte, weil ein Teil der Belegschaft in den Streik treten sollte. Als die Nazis ihre Streikbrechertätigkeit in dem Heringsbetrieb der Firma aufnehmen wollten, drohte es selbstverständlich zu Tätlichkeiten zu kommen. Die Polizei war natürlich, wie in solchen Fällen immer, prompt zur Stelle. Inzwischen hatte sich die Streikursache beseitigen lassen, so daß die Nazis sowieso unverrichteter Sache wieder heimkehren konnten.

Daß die Streikbrecher gerade von der Betriebszellen-Organisation geholt wurden, zeigt, daß sie wirklich die Rolle der längst den politischen Tod erlittenen gelben Arbeiterbewegung zu übernehmen gedenken. Ein weiteres Beispiel für die Korruptheit der Hitler-Bewegung.

Tarifrecht wird von hinten erdolcht!

F. G. Auf Ausführungen einer Berliner Zeitung über die Absichten der Reichsregierung bezüglich des Abbaues des Tarif- und Schlichtungswesens äußert sich die zuständige Stelle:

„Die Nachricht eines Berliner Abendblattes, daß das Reichsarbeitsministerium damit beschäftigt sei, sehr weitreichende Maßnahmen auf dem Gebiete des Schlichtungswesens vorzubereiten, und daß die Absichten auf eine wesentliche Einschränkung der staatlichen Schlichtungstätigkeit und eine teilweise Beschränkung des Tarifrechts hinausliefen, wird von zuständiger Stelle in Abrede gestellt. In dieser Beziehung sind gesetzliche Maßnahmen weder in Vorbereitung noch beabsichtigt. Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen soll nicht aufgehoben werden, wohl aber soll dieses Instrument vorsichtiger und möglichst nur in solchen Fällen angewendet werden, wo es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erforderlich erscheint. Es wird auch nicht an die Aufhebung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge und die Ersetzung durch Werktarife gedacht, sondern man will rein verwaltungsmäßig darauf hinwirken, daß die Tarifparteien der Lage der einzelnen Werke mehr als bisher Rechnung tragen, wobei man den größten Wert darauf legt, daß sich die Parteien selbst ohne behördliche Einwirkung verständigen."

Dieser Mitteilung schenken wir durchaus Glauben. Denn alles, was die Regierung der Junker von Halm und Schlot durchzuführen etwa die Absicht hat, kann sie auf den von Brüning gut eingefahrenen Wegen ja durchführen auf „rein verwaltungsmäßigem" Wege, ohne einen Buchstaben an den bisherigen Bestimmungen zu ändern. Die Gewerkschaften sind damals von vielen Seiten, auch von uns, gewarnt worden, diese Wege kampflos der Regierung Brüning freizugeben. Wo der Regierung die „öffentliche Ruhe und Sicherheit" gefährdet erscheint, wird sie also schnell einen Lohnabbauschiedsspruch oder sonst einen Schiedsspruch nach den Wünschen der Unternehmer fällen und für verbindlich erklären, dann hat diese Regierung sofort juristisch die kampfbereite Gewerkschaft völlig in der Hand. Warum soll sie also die Verbindlichkeitserklärung beseitigen? Wo sie sie nicht anwenden will, ist die „öffentliche Sicherheit" eben nicht gefährdet, da wird die Polizei die Sicherheit gewährleisten.

Der „Vorwärts" schreibt:

„Vielfach haben sich die Arbeiter und Angestellten etwas zu sehr auf die Schlichtungsinstanzen verlassen. Künftig werden sie erfahren, daß sie sich nur auf die Gewerkschaften verlassen können."

Das ist nicht richtig! Es waren weniger die Arbeiter als die Gewerkschaften, die sich auf die Schlichtungsinstanzen verlassen haben und nicht nur nicht für den nötigen Kampfgeist gesorgt haben — den zu schaffen sie selber in der Hand haben, was jeder Gewerkschaftspraktiker weiß —, sondern von vornherein Schiedssprüchen zugestimmt haben, deren Inhalt sie noch nicht einmal kannten. Zum Beispiel „Metallarbeiter-Verband" 1930 in Berlin und 1928 im Bezirk Nordwest, „Holzarbeiter-Verband" in Württemberg.

Es bleibt also dabei: die Gewerkschaften müssen den ihnen aufgezwungenen Kampf endlich aufnehmen.

Die Reichsregierung erläßt zu den Erörterungen, die ihre Pläne mit dem Tarifrecht hervorgerufen haben, prompt ein Dementi, das nichts dementiert:

Gegenüber anderslautenden Pressemeldungen wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß irgendwelche Aenderungen auf dem Gebiet des Tarifwesens auf gesetzlichem Wege nicht geplant seien. Die Zurückhaltung bei Verbindlichkeitserklärungen liege auf der Linie der alten Regierung. Der frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald sei bereits für eine elastische Handhabung bei Verbindlichkeitserklärungen eingetreten.

Die Kündigung des Schlichters Wissell sowie die Versetzung des Ministerialrats Joachim hätten nicht das geringste mit dem Schlichtungswesen und mit einer eventuellen Aenderung auf dem Gebiet des Tarifwesens zu tun.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
Ab 5. August:
Der erste Silhouetten-Tonfilm von Lotte Reiniger:
Harlekin.
Der erste japanische Tonfilm
Nippon.
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen
Berlin SO 36 Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 8471

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel
Damen-Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O.v.Guerickestr. 104, H.r.l.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter Damengarderobe und Reformkleidung
J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

„Ihr Apfelsaft schmeckt ausgezeichnet, senden Sie bitte 50 Flaschen."
So schrieb wieder ein Kunde. Wir haben viele anerkennende Urteile. Machen auch Sie einen Versuch!
Apfelsaft, edel und würzig, 10 Flaschen nur 5,40 Mark.
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O.-v.-Guericke-Str. 104.

Krieg den imperialistischen Kriegen!
Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes von Ku Hung-ming.
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.
Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.
Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postscheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Devaheim, Kirche, Klassenjustiz.

H. Lm. Die Urteile im Devaheim-Prozeß sind im Vergleich zu den im Sklarek-Prozeß gefällten Urteilen derart milde (Höchststrafen: zwei Jahre Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe bei Devaheim; vier Jahre Zuchthaus bei Sklarek), daß es verständlich ist, wenn die „Rote Fahne" die Erklärung hierfür in anderen Dingen als in der Verschiedenheit der in den beiden Prozessen behandelten Straftaten sieht. Wir wollen nicht entscheiden, ob die „Rote Fahne" recht hat, wenn sie die Erklärung in der Rassenzugehörigkeit der Angeklagten sieht, oder ob

die Milde des Urteils im Devaheim-Prozeß nicht eher darauf zurückzuführen ist, daß in ihm Straftaten von Pastoren und anderen kirchlichen Vertrauensleuten, also von wichtigen Stützen des kapitalistischen Systems, zu behandeln waren.

Für die letztere Annahme scheint uns insbesondere der Eifer zu sprechen, mit dem der Staatsanwalt die kirchliche Organisation von den Vorwürfen reinwaschen wollte, die in der Oeffentlichkeit wegen des Devaheim-Skandals gegen sie erhoben wurden. Auf jeden Fall bedarf es aber einer Erklärung, daß diejenigen Angeklagten aus dem Devaheim-Prozeß, die die härtesten Strafen erhielten, und die etwa zwanzigtausend kleine Bausparer um ihre mühsam angesammelten Ersparnisse brachten, nur eine wenig härtere Strafe erhielten als die beiden kommunistischen Stadtverordneten im Sklarek-Prozeß, die letzten Endes nur Verführte waren.

Wenn wir auch schon gelegentlich über den Devaheim-Prozeß berichteten, so erscheint uns doch nochmals eine zusammenfassende Darstellung des ganzen Skandals am Platze, damit unsere Leser selber darüber entscheiden können, ob hier ein typischer Fall von Klassenjustiz vorliegt.

Auf der Anklagebank saßen der vierzigjährige Direktor Wilhelm Jeppel, der fünfundsechzigjährige Pfarrer Paul Cremer, sein Sohn, der sechsundzwanzigjährige Wilhelm Cremer, der Bevollmächtigte Gustav Claußen, die Direktoren Heinrich Kocks und Paul Jeppel und der Pfarrer Adolf Müller.

Sämtlichen Angeklagten wurde Untreue, den beiden Jeppel, den beiden Cremer und Kocks außerdem Betrug, dem Angeklagten Wilhelm Jeppel ferner Urkundenfälschung und schließlich sämtlichen Angeklagten mit Ausnahme von Claußen Konkursverbrechen zur Last gelegt. Diese Straftaten hatten die Beteiligten als leitende Angestellte der Devaheim-Bausparkasse und anderer Unternehmen, die der evangelischen Kirche und der Inneren Mission sehr nahestanden, begangen. Die Folge war der Zusammenbruch der Devaheim, die im Jahre 1926 gegründet war,

um der unbemittelten evangelischen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, durch Sparen zu Grundbesitz und einem eigenen Haus zu gelangen.

Zusammen mit der Devaheim arbeiteten die Baugenossenschaft des deutsch-evangelischen Volksbundes und eine Reihe anderer evangelischer Gesellschaften, denen insbesondere die Innere Mission und die evangelische Kirche Werbekräfte zur Verfügung stellten. Einen großen Teil ihrer Mittel erhielten diese Gesellschaften durch eine amerikanische Anleihe in Höhe von 2,5 Millionen Dollar, deren Treuhänderin die Hilfskasse der gemeinnützigen Wohlfahrtsverbände Deutschlands, ein Unternehmen verschiedener kirchlicher Organisationen, war.

Obwohl die Angeklagten außerordentlich hohe Bezüge einstrichen

(Pastor Cremer allein ein Gehalt von jährlich rund 22 000 Mark, dazu noch Autospesen, die in zweieinhalb Jahren sich auf insgesamt 60 633 Mark beliefen),

eigneten sie sich noch widerrechtlich in die Hunderttausende gehende Beträge an. Wir wollen nicht die Einzelheiten der hierbei angewandten zum Teil recht komplizierten Methoden schildern. Erwähnt sei nur, daß Wechselfälschungen, Bilanzfälschungen, falsche Spesenrechnungen und ähnliche Dinge anzutreffen waren, sodaß der Angeklagte Claußen eine der beteiligten Organisationen geradezu

eine Hochschule der Fälschungen nennen konnte.

Derartige Zustände ließen sich naturgemäß auf die Dauer nicht verheimlichen, sodaß es wiederum nötig wurde,

mehrere hunderttausend Mark für Schweigegelder

auszugeben. Dazu sind dann noch z. B. das mehr als hunderttausend Mark betragende Honorar für den Vertrauensmann für die Auslandsanleihe, Rechtsanwalt Wronker-Flatow, zu rechnen, die eigenartigen Zuteilungen, die z. B. der erzreaktionäre Kaiserswerther Verband Deutscher Diakonissen-Mutterhäuser, der frühere Vorsitzende des evangelischen Arbeitervereins in Elberfeld, Pfarrer Werbeck, der Pfarrer Hermenau aus Königsberg, und in Form von Kurgeldern der Pfarrer Thiel erhielten. Alles zusammengerechnet, hatten die Angeklagten ihre Arbeitgeber somit um mehrere Millionen gebracht.

Erleichtert wurden alle diese Straftaten auf der einen Seite durch eine überaus große Vertrauensseligkeit, auf der anderen Seite durch mangelnde Fachkenntnisse derjenigen Organe, die zur Kontrolle berufen gewesen wären. Insbesondere aber war auch die Satzung der Devaheim derart, daß der Willkür Tür und Tor geöffnet war. Die Berücksichtigung von „Werbepunkten" und „sozialen Momenten" stellten es weitgehend in das Ermessen der Leitung der Devaheim, wem sie Gelder zuteilen wollte.

Wenn der Herr Staatsanwalt nun meinte, die kirchlichen Organisationen von der Schuld an alledem durch die Feststellung freisprechen zu können, daß zwischen der Kirche und den kirchlichen Organisationen einerseits und den Angeklagten andererseits ein ganz klarer Trennungsstrich zu ziehen sei, so sind wir in dieser Beziehung doch wesentlich anderer Ansicht. Gewiß ist

die evangelische Kirche

rein formal im Recht, wenn sie sich bei ihren Unschuldsbeteuerungen auf die organisatorische Selbständigkeit der Devaheim und der anderen Unternehmen beruft, und wenn sie darauf hinweist, daß ihr eine Kontrolle über deren Geschäftsgebahren nicht zugestanden habe. Da sie aber ihren Geistlichen eine umfangreiche Propaganda für die Devaheim gestattete und nichts dagegen tat, daß die Sparer in den Glauben versetzt wurden, ihre Gelder einer von der Kirche gestützten Organisation gegeben zu haben, so liegt hierin allein schon ein Verschulden der evangelischen Kirche. Eine noch tiefere Schuld aber liegt darin, daß Heuchelei und Autoritätsglauben nur allzu leicht als Folgen kirchlicher Lehren und Lehrmethoden auftreten. Die Heuchelei führte die Angeklagten u. a. dazu, ihre Briefe

„mit deutschem evangelischem Gruß"

zu schließen und sich durch ähnliche Mätzchen das Vertrauen der kirchlichen Kreise zu erwerben. Der Autoritätsglaube wiegte die Bausparer allein deshalb in Sicherheit, weil ihre Bausparkasse in so engem Zusammenhang mit der evangelischen Kirche stand.

Autoritätsglaube aber ist auch eine der Hauptstützen des heutigen kapitalistischen Systems, eine Stütze, die die Arbeiterschaft daran hindert, ihre Macht zu gebrauchen. So wird es leicht erkenntlich, warum diejenigen, die ihrer Herkunft nach den kapitalistischen Gedankengängen nahestehen — vielleicht ungewollt —, die Kirche und ihre Funktionäre sanfter behandelten, als z. B. die Sklareks.

Zuchthausurteil gegen Bremer Kommunisten.

1. **Am 1. Juli war es in Bremen-Gröpelingen** bei einer NS-Versammlung zu einer Schlägerei zwischen NS und Kommunisten gekommen. Dabei sollen Kommunisten auch Polizeibeamte angegriffen haben und Straßenbahnwagen umgeworfen haben. Wegen dieser Schlägerei sind am Samstag von der Bremer Strafkammer folgende Strafen gegen Kommunisten verhängt worden:

Kieke: ein Jahr fünf Monate Zuchthaus, außerdem Polizeiaufsicht;

Lohmann: ein Jahr Zuchthaus, außerdem Polizeiaufsicht.

Fünf weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von drei bis zu sieben Monaten. Sechs Angeklagte, darunter das ehemalige Bürgerschaftsmitglied Priemer (KPD), wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Unter den Schöffen befand sich ein gewisser Burhenne, gegen den der Verteidiger den Antrag stellte, ihn als befangen abzulehnen, weil er der NSDAP angehöre. Burhenne jedoch „versicherte glaubwürdig", daß er nicht Mitglied dieser Partei sei. Der Antrag des Verteidigers wurde abgelehnt.

Die unerhörte Höhe der Strafen geht aus dem Vergleich mit dem Helldorf-Prozeß hervor. Bei diesem Prozeß handelt es sich um „Zusammenrottungen zu Gewalttätigkeiten", wie das Gericht feststellte. Urteil: Gefängnisstrafen von vier bis zu zehn Monaten, wobei die Anstifter, Helldorf und sein Stabschef Ernst, freigesprochen wurden.

2. **Der Königsberger Schnellrichter** verurteilte am Sonnabend den Kommunisten Graap zu einem Monat Gefängnis, weil er im Besitz einer Pistole angetroffen worden war.

Die Strafe liegt in derselben Höhe wie die Strafen, die derselbe Richter einige Tage vorher wegen unbefugten Waffentragens gegen SA-Leute verhängt hat.

Klara Zetkin kommt zur Reichstagseröffnung.

Klara Zetkin wird voraussichtlich am 22. August aus Moskau abreisen, um als Alterspräsidentin den Reichstag zu eröffnen. Sie wird voraussichtlich bis September in Deutschland bleiben.

Kube ärgert sich über den Wahlerfolg der Linken und über die Pleite seiner Partei.

Der Nazi Kube nimmt im „Preußischen Pressedienst der NSDAP" Stellung zur Regierung: Er sagt, daß der Reichstagswahlkampf die schwerste Belastungsprobe gewesen sei, die die Nationalsozialistische Partei bisher habe auf sich nehmen müssen. Nachdem der Reichspräsident von Hindenburg Herrn Brüning und seine Regierung nach Hause geschickt habe, habe er den Zentrumskanzler von Papen sowie den deutschnationalen Freiherrn von Gayl in die Regierung berufen, und nun begann man mit einer neuen Methode den Siegeszug des Nationalsozialismus zu sabotieren. Herr von Papen habe dem Marxismus durch seine Notverordnung und durch das weite Hinausschieben des Wahltermins zwei bis drei Millionen Stimmen gerettet. Ungehindert von der Reichsregierung hätten die schwarz-roten Parteien in ungehemmter Demagogie gegen den Nationalsozialismus hetzen können. Das Verhalten des Reichskommissars Dr. Bracht zeige, daß dieser Zentrumsmann den Nationalsozialisten gegenüber die Rolle des Herrn von Kahr zu spielen bereit sei. Der einzige Mann im Reich und in Preußen, der an dem Spiel der getarnten Zentrumsmänner nicht beteiligt sei, sei Reichswehrminister von Schleicher.

„Wir Nationalsozialisten haben gar keinen Anlaß, im Reich oder in Preußen auf die Herren von Papen, Dr. Bracht und Freiherrn von Gayl irgendwelche Rücksicht zu nehmen. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß wir Nationalsozialisten Vorkommnisse wie in Königsberg scharf verurteilen und ablehnen. Wir bedürfen auch keiner Belehrung durch Herrn Dr. Bracht über das, was Disziplin ist und über das, was die Staatsnotwendigkeiten verlangen. Wir sind durch die preußischen Innenminister seit dem November 1918 daran gewöhnt, daß die am lautesten nach Staatsdisziplin rufen, die in ihrer privatpolitischen Auffassung von dieser Staatsdisziplin erheblich weniger erkennen lassen als wir. Die Reichstagswahlen werden mit ihrem ungeheuren Sieg der NSDAP nicht nur die Neuordnung der Dinge im Reich herbeiführen müssen, sondern auch die endgültige Regelung der preußischen Staatsangelegenheiten bringen. Wir Nationalsozialisten in Preußen lehnen eine Statthalterschaft getarnter Zentrumsleute in dem Staate Friedrichs des Großen ab. Wir Preußen sind gewohnt, uns selbst zu regieren. Auch die getarnten Zentrumsleute wollen davon Notiz nehmen, daß wir nicht darum ein Jahrzehnt und länger im härtesten Kampfe gestanden haben, damit als Endergebnis ein Kabinett angeblich neutraler Verwaltungsaristokraten das Steuerruder des Reiches in die Hände nimmt. Der „Erfolg" der Herren von Papen und Dr. Bracht in Preußen ist lediglich die Zunahme der Kommunistischen Partei seit den Preußenwahlen um 729 000 Stimmen. Die fast 14 Millionen, die am 31. Juli sich zum Hakenkreuzbanner bekannten, fordern nunmehr die Uebernahme der Staatsgewalt durch den Nationalsozialismus. Wo bürgerlich regiert wird, triumphiert der Marxismus."

Aus dieser aufgedonnerten Schimpfkanonade geht nur hervor, daß den Herren Nazis die Sache noch nicht schnell genug geht. Sie möchten — da sie von einem „Wahlsieg" nichts mehr erwarten — gern die Machtmittel des Staates illegal „übernehmen". Daher die Herausstreicherei Schleichers. Daher auch die neueren offenen Beziehungen zur Polizei, von denen wir an anderer Stelle berichten. Die Situation mit den Nazis wird also illegaler und also undurchsichtiger — ein Grund mehr für die Arbeiterschaft, diese „Arbeiterpartei" auf Putsche hin zu überwachen.

Herr Kerrl sabotiert Landtagssitzung.

Der Präsident des Preußischen Landtags, Kerrl, hat sämtlichen Fraktionen des Landtags mitgeteilt, daß die für den 16. und 17. August in Aussicht genommenen Landtagssitzungen nicht stattfinden. Diese Mitteilung des Präsidenten geht auf ein Schreiben des Abg. Kube zurück, der gebeten hatte, die in Aussicht genommenen Landtagssitzungen abzusetzen, da an diesen beiden Tagen eine große Tagung aller nationalsozialistischen Abgeordneten des Reichstags und der Länderparlamente abgehalten werde.

*

Solche Wünsche sind im allgemeinen immer berücksichtigt worden. Aber daß Herr Kube erst so kurz vor dem Treffen davon erfahren haben will, berührt sehr sonderbar. Bei der Drückebergerei von Straßer und Frick, den Ausschußvorsitzenden, muß man annehmen, daß auch hier nur der Wunsch vorliegt, eine Aussprache im Landtag zu sabotieren.

Habicht wird verwarnt.

Ein weiterer Schritt der österreichischen Regierung in ihrem Einschreiten gegen die in Oesterreich überhandnehmende Nazi-Propaganda: Hitlers Vertrauensmann, Habicht, hat auf polizeiliche Aufforderung hin die folgende Erklärung unterschreiben müssen: „Ich nehme zur Kenntnis, daß ich im Falle irgend welcher Angriffe meinerseits gegen staatliche Einrichtungen Oesterreichs oder übelwollende Kritik an diesen oder im Falle von Angriffen gegen die in der Regierung vertretenen Parteien sowie im Falle einer Betätigung, die meinen Aufenthalt in Oesterreich aus Rücksicht der öffentlichen Ruhe und Sicherheit als unzweckmäßig erscheinen läßt, aus dem Bundesgebiet abgeschafft werden würde."

Am Sonnabend erschien in der den Nazis nahestehenden „Deutsch-Oesterreichischen Tageszeitung", ein Artikel von Habicht, in der dieser gegen die Linzer Polizei zu Felde zieht, die seine Unterschrift für die genannte Erklärung eingeholt hatte. Das Blatt wurde daraufhin sofort beschlagnahmt.

Weißgardisten in der Türkei.

s Moskau, 6. August.

Das Außenkommissariat der Sowjetunion hat den russischen Botschafter in Angora ermächtigt, die türkische Regierung auf die Tätigkeit der weißgardistischen Organisationen in der Türkei aufmerksam zu machen. Die russische Note ist begründet mit den letzten Veröffentlichungen in der türkischen Presse, aus denen zu ersehen ist, daß alle weißgardistischen Organisationen in der Türkei unter russischer Führung in Paris stehen und durch den weißgardistischen General Sekretew geleitet werden. Die russische Note erklärt zum Schluß, daß im Interesse der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Rußland die türkischen Behörden die Tätigkeit der Weißgardisten unterbinden müßten.

Konfessionsstatistik des preußischen Landtags.

Von insgesamt 423 Mitgliedern des Preußischen Landtags sind evangelisch: 185, katholisch: 100, jüdisch: 1, konfessionslos: 19, Dissidenten: 100. 18 Mitglieder, die sämtlich der sozialdemokratischen Fraktion angehören, haben über ihre Kirchenzugehörigkeit keine Angaben gemacht.

Auf die Fraktionen verteilt, ergibt sich folgendes Bild:

Nationalsozialisten: 162 Mitglieder. Davon 135 evangelisch, 27 katholisch.

Deutschnationale: 31 Mitglieder, davon 27 evangelisch, 4 katholisch.

Deutsche Volkspartei: 7 Mitglieder, alle evangelisch.

Zentrum: 67 Mitglieder, alle katholisch.

Deutsche Staatspartei und Christl.-soz. Volksdienst: je 2 evangelische Mitglieder.

Deutsch-Hannoveraner: 1 Mitglied, evangelisch.

Sozial-republ. Partei: 1 Mitglied, Dissident.

Sozialdemokraten: 93 Mitglieder. Davon evangelisch 11, katholisch 2, jüdisch 1, konfessionslos-freireligiös 16, Freidenker-religionslos 45, nicht angegeben 18.

Kommunisten: 57 Mitglieder. Davon bezeichnen sich 3 als „konfessionslos oder freireligiös". 54 stehen unter der Rubrik „Dissidenten, Freidenker, religionslos".

Die Sparkasse der Stadt Berlin warnt vor einem Schwindler, der sich als Beauftragter der Sparkasse ausgibt und Leuten erzählt, sie sollten namhafte Beträge auf ihre Aufwertungsguthaben ausgezahlt erhalten, und der dann eine „Kündigungsgebühr" von 20 Mark einkassiert. Die Sparkasse teilt mit, daß sie jeden Zahlungsverkehr mit ihren Kunden nur an den Geschäftsstellen vollzieht.

Kampf mit Rasierklingen.

Eisenverarbeitende gegen eisenerzeugende Industrie.

Am Dienstag, dem 2. August, veranstaltete der Eisen- und Stahlwaren-Industrie-Bund (Esti-Bund) in Wuppertal-Elberfeld eine Protestkundgebung. Stahlwaren-Fabrikanten setzten in längeren Reden auseinander, der Solinger Industrie drohe neuerdings ein vernichtender Schlag dadurch, daß die eisenerzeugende Industrie nunmehr dazu übergehen wolle, selber Rasierklingen herzustellen und auf den Markt zu werfen; die Krefelder Stahlwerke hätten die Absicht, einen Automaten, einen

„Mammutapparat von märchenhafter Kapazität"

aufzustellen, der es dem neuen Konkurrenten ermöglichen werde, in wenigen Jahren alle bisherigen Produzenten aus dem Felde zu schlagen. Es sei unerhört, daß die Stahl und Eisen erzeugende Schwerindustrie ihre Abnehmer, die Fertigwarenindustriellen, derartig vor den Kopf stoße; die Mitglieder des Esti-Bundes forderten deshalb von der eisenerzeugenden Industrie, daß sie „ihre Finger aus Gebieten heraus lasse", die sie nur insoweit etwas angingen, als sie als Abnehmer „pfleglich und gut behandelt" werden müßten.

Interessant ist der Versuch der Solinger Stahl-Fertigwarenindustriellen, ihre Anklage gegen ihre Kollegen von der Schwerindustrie unter anderem damit zu begründen, daß bei Einführung des neuen Rasierklingen-Automaten viele Arbeitskräfte freigesetzt würden und die Arbeitslosigkeit steigen werde, da in den Preisen der Erzeugnisse der Solinger Industrie ein außerordentlich hoher Lohnanteil stecke. Das klingt zwar sehr arbeiterfreundlich, in Wirklichkeit steckt aber hinter den schönen Worten — auf die man vergeblich warten wird, wenn es einmal *nur* um die berechtigten Interessen der Arbeiter geht — nichts als *die blasse Furcht vor dem eigenen Bankerott* oder wenigstens vor der Schmälerung der eigenen Profite.

Industrielle gegen Subventionspolitik?

Die Ausführungen auf der Kundgebung des Esti-Bundes waren aber auch noch in anderer Hinsicht interessant. Alle Redner wandten sich mit auffallender Schärfe gegen die Subventionspolitik und gegen alle Versuche, die freie Marktwirtschaft zu beschränken. Bei den von der Schwerindustrie hergestellten Rasierklingen würde es sich um

staatlich subventionierte Klingen handeln, mit denen der Solinger Klinge in wenigen Jahren der Garaus gemacht werden könne!

Infolge der Beteiligung des Reiches an der Gelsenkirchener Bergwerks-AG sei die Schwerindustrie mitten in der Krise in der Lage, gleichsam mit öffentlichen Geldern einen Konkurrenzkampf gegen die eisenverarbeitende Solinger Industrie zu entfalten. Es müsse endlich laut erklärt werden: Bis hierher und nicht weiter! Außer der in übertriebener Weise begünstigten Landwirtschaft (lies: *Groß*landwirtschaft)) genieße die Schwerindustrie seit langer Zeit Vorzüge, die den meisten kleinen und mittleren Industriellen nicht einmal dem Namen nach bekannt seien. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen für die Großbetriebe hätten bewirkt, daß

die Banken und ihre Geldgeber die subventionierte Großindustrie für rentabler und sicherer ansehen als die mittlere und kleine Industrie, und Gelder lieber in Großunternehmungen anlegen.

Diese Zukehrung des Kapitals zur Schwerindustrie habe zu manch bitteren Fehlschlägen geführt und habe durch Entziehung des Kapitals die kleinen und mittleren, und damit sogar auch Großbetriebe in schwere Bedrängnis gebracht.

Auch die Politik der großen Konzerne selber wurde angegriffen. Dr. Springorum, der Vorsitzende bei der Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf, habe zugesichert, daß den Wünschen der verarbeitenden Industrie soweit möglich Rechnung getragen werde; das könne am besten geschehen durch Rückentwicklung der Schwerindustrie in der Form, daß allen Konzernwerken Gelegenheit gegeben werde, ihre Existenzberechtigung zu beweisen unter Verhältnissen, die denen der freien Werke entsprechen. Dazu sei unter anderem die steuerliche Gleichstellung aller einzelnen weiterverarbeitenden Werke der Großunternehmungen mit den freien Werken erforderlich; es müsse zum Beispiel ausgeschlossen werden, daß Einzelwerke für Umsätze innerhalb von Großunternehmungen oder sonstigen Zusammenschlüssen keine Umsatzsteuer zahlen. Werke, die sich nicht selber mindestens erhalten könnten, müßten geschlossen werden. (Wir sagen besser: bankrott gehen; sonst belasten sie nämlich die Wirtschaft nur unnötig weiter.) Wenn so verfahren würde, würden die Klagen über das Eindringen der Schwerindustrie in die Weiterverarbeitung bald erledigt sein.

Fabrikbesitzer Funke (Hagen) erklärte, der Esti-Bund fordere in erster Linie, daß die Freiheit der Konkurrenz nicht dadurch illusorisch gemacht werde, daß durch steuerliche Vergünstigungen oder durch eine staatliche Wirtschaftspolitik, die die Kapitalien im wesentlichen den großen Unternehmungen zuleite, die Konkurrenz von dem Gebiete der Technik, der Selbstkosten und des Vertriebes abgeleitet werde auf Einflüsse des Staates oder wirtschaftlicher Machtpolitik.

Was von diesen Protesten gegen Staatsubventionen in Wirklichkeit zu halten ist, ging aus Funckes weiteren Ausführungen hervor: Das besage nicht, daß man daneben nicht gerade in Uebergangszeiten Forderungen stelle, um zu verhindern, daß aus der Freiheit eine „Ungebundenheit" werde; dies könne so weit gehen, daß man *ein System von Zwangszusammenschlüssen* als eine für begrenzte Zeit erforderliche Maßnahme zu gegebener Zeit zu fordern sich vorbehalte.

Da zeigt sich der

Pferdefuß dieses Freundes einer „freien" Wirtschaft!

Die Herren sind nur so lange *gegen* Subventionen, als andere sie erhalten und für sie selber nichts abfällt; scheinen ihnen jedoch ihre eigenen Profitinteressen in Gefahr, so befürworten sie bedenkenlos ein „System von Zwangszusammenschlüssen", also das gerade Gegenteil der sonst so warm verteidigten freien Wirtschaft!

Verständigung zwischen den Kapitalisten.

Auf die in der Versammlung des Esti-Bundes in Wuppertal-Elberfeld erhobenen schweren Vorwürfe entgegneten die Deutschen Edelstahlwerke zunächst, es stehe noch nicht einmal fest, ob und wann sie die Rasierklingenfabrikation aufnehmen würden. Außerdem könne mit dem sagenhaften „Mammutapparat von märchenhafter Kapazität" nur ein kleiner Bruchteil der großen Solinger Gesamtproduktion hergestellt werden. Ferner hätten sich die Edelstahlwerke von vornherein bereit erklärt, den neuen Automaten in den Dienst eines „gemeinsamen Kampfes gegen *ausländische* Erzeugergruppen" zu stellen. Die Edelstahlindustrie lege entschiedene Verwahrung dagegen ein, daß sie etwa beabsichtige, die Fertigwarenindustrie, an deren Gedeihen sie selber ebenfalls interessiert sei, zu schädigen. Nach Abschluß der Versuche würden die Deutschen Edelstahlwerke ihre Entscheidungen in engster Zusammenarbeit mit der Solinger Industrie treffen.

Die Verhandlungen zwischen der Industrie- und Handelskammer zu Solingen und den Deutschen Edelstahlwerken AG Krefeld sind bis zum September vertagt worden, nachdem die Krefelder Firma sich bereit erklärt hatte, bis zum Abschluß der Verhandlungen weder Klingen herzustellen, noch Verkaufsmaßnahmen einzuleiten.

*

Wir sehen, der „Kampf mit Rasierklingen" ist noch einmal „unblutig" verlaufen. „Keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus." — Immerhin ist es wichtig, erneut festzustellen, daß zwischen Schwerindustrie und verarbeitender Industrie erhebliche Interessengegensätze bestehen. Eine kräftig vorstoßende wirtschaftspolitische Offensive von Arbeiterseite fände hier viele Möglichkeiten, die Einheitsfront des Gegners zu erschüttern!

R. Höll.

Politiker als Propheten.

Wer glaubt diesen Agitatoren noch ein Wort?

USA:

Hoover (als Präsidentschaftskandidat): „Die Welt von heute hat Aussicht auf die größte Ausdehnung des Handels in der Geschichte." (27. Juli 1928.)

Andrew Mellon, Schatzsekretär in den USA: „Die große Welle des Wohlstandes wird andauern." (September 1928.)

England:

J. H. Thomas, englischer Gewerkschaftssekretär: „Ich habe ein vollkommenes Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit — einige wenige Leute natürlich wollen keine Arbeit —, aber für alle gewöhnlichen Formen von Arbeitslosigkeit habe ich ein Heilmittel." (27. Mai 1929.)

Ramsay MacDonald, jetzt englischer Nationalist: „Das Land kann nicht sehr irregehen, solange die Labour-Regierung im Amt ist. In sie wird ein Vertrauen gesetzt, wie es in keine andere Regierung gesetzt wurde." (11. März 1931.)

Lord Snowden, lange Zeit Arbeiterführer: „Ich wollte noch einmal die Festigkeit unserer finanziellen Lage betonen." (30. Juli 1931.)

„Es ist lächerlich, zu sagen, das Land sei am Rande des Bankerottes." (16. August 1931.)

„Am Anfang des Jahres wurde mir klar, daß wir am Rande des Bankerottes waren." (18. August 1931.)

„Ich sehe keinen Grund, weshalb sich das Pfund in wesentlichem Umfange oder für längere Zeit entwerten sollte." (21. September 1931.)

Aus der „Saturday Review" vom 23. Juli 1932.

Schwerindustrielle gegen Großagrarier.

Daß die Interessen der Verbündeten in Ostelbien und an der Ruhr, die zusammen mit den Generalen die Schildhalter der Reichsregierung sind, nicht immer in einer Richtung laufen, wurde soeben erneut deutlich an einer Eingabe der Ruhrbergherren zur Handelspolitik und der Antwort, die von der großagrarischen „Deutschen Tageszeitung" auf diese Eingabe gegeben wird.

Schlotbarone gegen Butterzollpolitik.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat und andere Kreise des Ruhrbergbaues haben an verschiedene Regierungsstellen eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß zu dem Rückgang der Ausfuhr von Ruhrkohlen die deutsche Zoll- und Devisenpolitik wesentlich mit beigetragen habe. Besonders habe die Erhöhung des Butterzolls geschadet. Die Kohlenausfuhr nach den wichtigsten Empfangsländern habe sich in der letzten Zeit sehr stark verschlechtert.

Von 1929 bis 1931 sei die deutsche Steinkohlenausfuhr dem Werte nach von 1236 auf 837 Millionen Mark gesunken. Während die durch die Wirtschaftskrise verursachte internationale Schrumpfung des Kohlenverbrauchs im ersten Vierteljahr 1932 gegenüber dem vierteljährigen Durchschnitt von 1929 nur 21,8 Prozent betrage, sei die deutsche Kohlenausfuhr in der gleichen Zeit um 40,4 Prozent gesunken. Auf das Jahr gerechnet, sei das ein Exportausfall von 7,8 Millionen Tonnen im Werte von 105 Millionen Mark und eine Minderbeschäftigung von 25 000 Bergleuten.

Die deutsche Steinkohlenausfuhr nach Holland habe eine besondere Verschlechterung erfahren, als die deutschen Zoll- und Devisenmaßnahmen die holländische Landwirtschaft in starke Erregung versetzten. Auch in Italien drohe ein Einfuhrzoll auf deutsche Kohlen, da sich Italien durch die deutsche Zoll- und Devisenpolitik geschädigt fühle. Auch die Handelsbeziehungen Deutschlands mit der Schweiz, mit Dänemark, Schweden und Norwegen hätten aus dem gleichen Grunde eine Verschlechterung erfahren. Die augenblickliche Handelspolitik, die von der Regierung betrieben werde, sei in einem Lande, das vorwiegend Industrieland sei, verfehlt.

Junker: „offen gestanden — betrübt".

„Wir sind — offen gestanden — betrübt", antwortet die „Deutsche Tageszeitung", „gerade vom Ruhrkohlenbergbau Derartiges zu erfahren, weil doch in diesem Wirtschaftszweig, der noch lange vor der Landwirtschaft in den Genuß von devisen- und handelspolitischen Schutzmaßnahmen schärfster Art gekommen ist, am ehesten Verständnis für planenwirtschaftliche Notwendigkeiten zu finden sein sollte."

Die „Deutsche Tageszeitung" hofft, daß die Eingabe auf die Reichsregierung, die bekanntlich gerade mit Dänemark und Holland über den Butterzoll verhandelt, keinen Einfluß haben werde. Die Junker sind also anscheinend sicher, daß ihr Einfluß bei der Reichsregierung stärker ist!

—t.

Es gibt noch gutgehende Unternehmungen.

14. Liste.

	Dividende auf das Stammkapital verteilt im Jahre 1931	1932
	(in Prozenten)	
Hefftsche Kunstmühle A.-G., Mannheim	8	7*
Zuckerfabrik Schottwitz A.-G., Schottwitz bei Breslau	9	7*
A.-G. für Medizinische Produkte, Berlin	14	8
Ireks A.-G., Kulmbach in Kulmbach	10	8
Schering-Kahlbaum A.-G., Berlin	12	8
Kraftwerk Thüringen A.-G. in Gispersleben bei Erfurt	9½	8½*
Fürstliche Wildunger Mineralquellen A.-G., Bad Wildungen	20	10
Märkisches Elektrizitäts-Werk A.-G., Berlin	10	10
Aron-Werke Elektrizitäts-A.-G., Berlin-Charlottenburg	10	10
Carl Müller Tuchfabrik A.-G. in Spremberg	8	10

*) Vorgeschlagen.

DEUTSCHLAND

Warenhausumsätze: Die Umsätze im ersten Halbjahr 1932 liegen um 20 Prozent unter denen von 1931 und um 28 Prozent unter denen von 1930.

Erntevorschätzung: Die Getreideernte wird wohl wesentlich größer sein als im Vorjahr.

	1931	Schätzung 1932
	Millionen Tonnen	
Roggen	6,7	8,1
Weizen	4,3	5,2
Gerste	3	3,3
Hafer	6,2	6,5

Der Hektarertrag bei Frühkartoffeln wird allgemein sehr niedrig geschätzt; trotz einer Erweiterung der Anbaufläche um 4 Prozent wird die Ernte auf 2,8 Millionen Tonnen geschätzt gegenüber 2,95 Millionen Tonnen im Vorjahr.

USA

Verkehr im Panama-Kanal: Am 7. Juni passierte nur ein Schiff den Panama-Kanal. Das war der schwächste Verkehr seit 10 Jahren.

Stahltrust optimistisch: Die Direktion des amerikanischen Stahltrusts begründete die unveränderte Ausschüttung einer Vierteljahrs-Dividende von 1,75 Dollar auf die Vorzugsaktien damit, „daß man auf eine baldige Geschäftsbelebung vertraue".

LITAUEN

Staatskapitalismus: 121 Aktiengesellschaften gibt es in Litauen. Ihr Kapital macht 134 Millionen Litas aus (rund 56 Millionen Mark). Davon gehören 78 Prozent dem litauischen Staat! Daneben hat der Staat ausschließlich in der Hand: Eisenbahnen, Eisenbahnwerkstätten, Versicherungsgesellschaften, Sparkassen, Lagerplätze.

Die Liste der Beteiligungen an Aktiengesellschaften sieht so aus:

	Aktienkapital	Staatsanteil
	in Millionen Litas	
Landbank	50,00	46,21
Obligationen der Landbank	—	37,20
Emissionsbank	12,00	9,60
Exportschlächterei „Maistas"	7,00	5,98
„Litauischer Zucker" A.-G.	3,00	2,65
Staatshotels	1,50	1,50
Staatsdruckerei in Kowno	1,50	1,36
Staatsdruckerei in Memel	0,71	0,22
Oelmühlen A.-G.	0,60	0,11
Bank für Handel und Gewerbe	—	0,06
Bernsteinwerke	—	0,02
Insgesamt		104,95

ITALIEN

Der Staat im Bankwesen: Wie weit der faschistische Staat in das italienische Bankwesen eingedrungen ist, zeigen die folgenden Vergleichsziffern: Das Vermögen der 25 staatlichen und halbstaatlichen Banken ist nur um 25 Prozent höher als der privaten Aktienbanken; es ist drei Mal so groß wie das der Sparkassen und Lombardhäuser. Die Einlagen der sechs staatlichen Institute, die zur Annahme von Bankeinlagen berechtigt sind, machen mehr als ein Drittel der Einlagen bei den Aktienbanken und ein Fünftel der Einlagen bei den Sparkassen und Lombardhäusern aus. Die Anleihen erreichen fast die Höhe der von den Banken, Sparkassen und Lombardhäusern zusammen ausgegebenen.

CHILE

Steigende Goldgewinnung: Mitte Juli waren in Goldwäschereien und Goldminen 8000 bisher Arbeitslose beschäftigt, die monatlich 150 Kilo Gold produzierten. Man hofft, die monatliche Produktion auf 1500 Kilo Gold zu erhöhen. Zur Zeit sind 18 Goldwäschereien in Betrieb; im Ganzen sollen 50 Wäschereien in Betrieb genommen werden. Falls es gelingt, monatlich 1500 Kilo Gold zu produzieren, so würde die Goldproduktion einen Wert von jährlich 50 Millionen Mark haben; das wäre ein für Chile wichtiger Posten! — Auch Chile erbringt nunmehr den Beweis für die Richtigkeit der Theorie, daß sinkende Warenpreise zu steigender Goldproduktion führen.